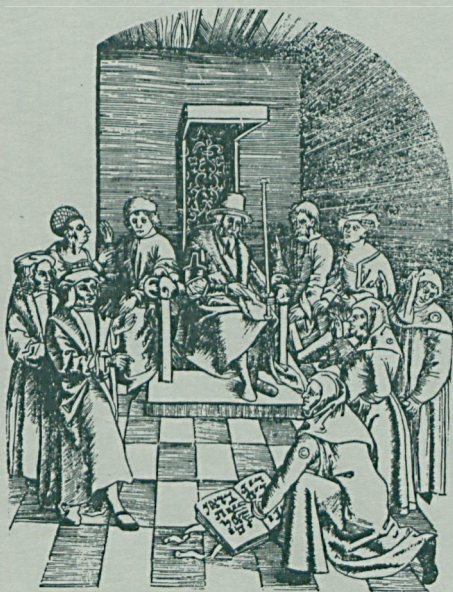


Friedrich Battenberg

Das Reichskammergericht und die Juden des Heiligen Römischen Reiches

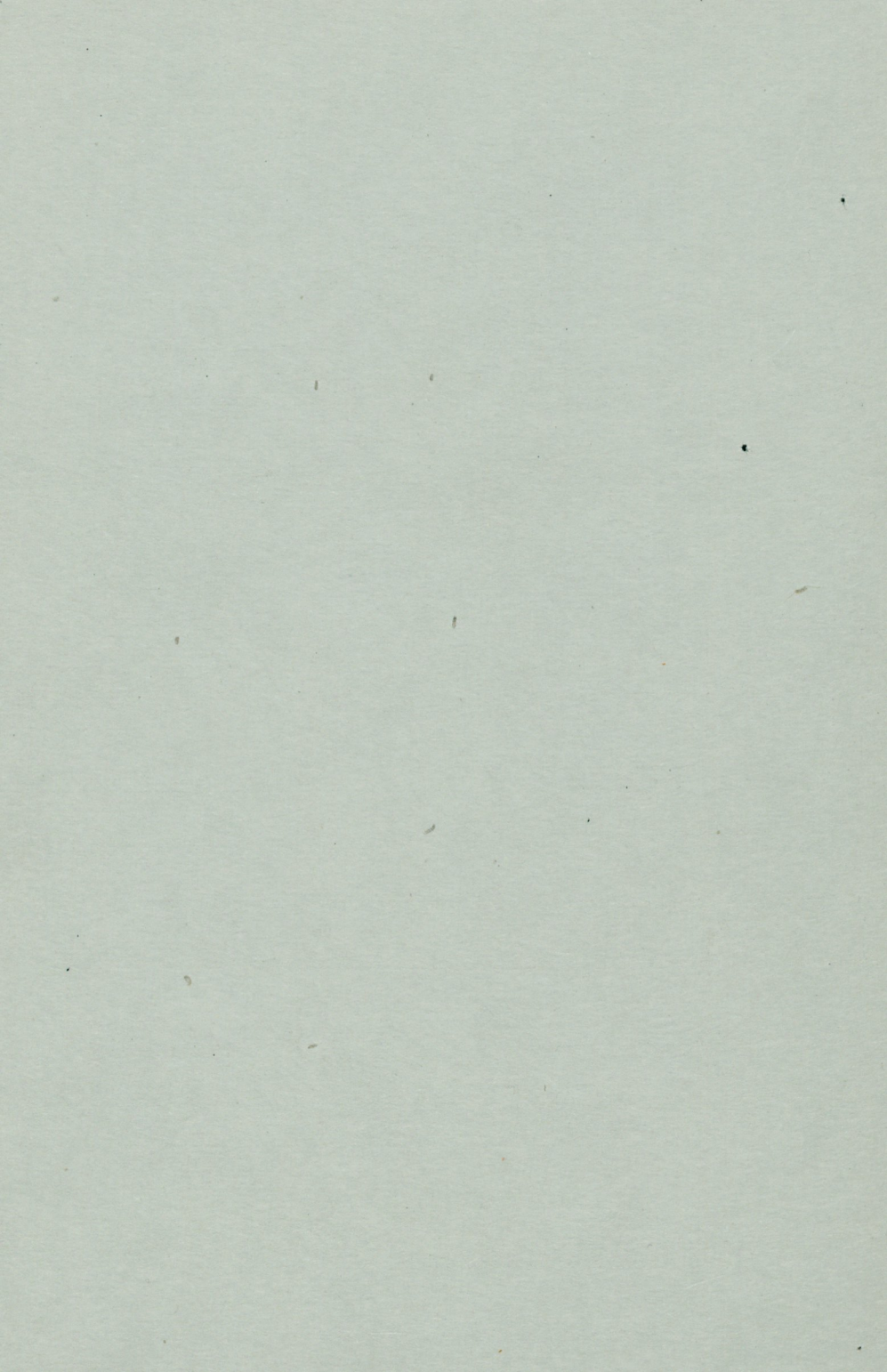
Geistliche Herrschaft
und korporative Verfassung
der Judenschaft in Fürth
im Widerspruch



GESELLSCHAFT FÜR

REICHSKAMMERGERICHTSFORSCHUNG

HEFT 13



Paul Dr. Friedrich Schönbauer

Das Reichskammergericht

und die Juden des Heiligen Römischen Reichs

Grundzüge der Herrschaft und kaiserliche Verträge

der Jurisprudenz in Paderborn im 18. Jahrhundert

Erkenntnis und veränderte Stellung

des Reichs im 18. und 19. J.

Im Reichsarchiv von Bonn im Reichsarchiv

*Schriftenreihe
der Gesellschaft für
Reichskammergerichtsforschung*

*Heft 13
Wetzlar, 1992*

Das Reichskammergericht und die Juden des Heiligen Römischen Reiches

Geistliche Herrschaft und korporative Verfassung
der Judenschaft in Fürth im Widerspruch

*Erweiterte und veränderte Fassung
des Vortrags vom 29.8.1991
im Stadthaus am Dom zu Wetzlar*



1 A 411 739

u

I

Nach der sich im 16. Jahrhundert unter den Juristen des Heiligen Römischen Reiches allmählich durchsetzenden Rechtsauffassung unterstanden die Juden als *cives Romani* dem Römischen Recht und hatten infolgedessen insbesondere im Gerichtsverfahren gleiche Rechte und Pflichten wie die Christen¹. Dies galt insbesondere auch für das Reichskammergericht, wenn auch mit einer Einschränkung: Soweit Besonderheiten ihrer Religion betroffen waren, etwa im Hinblick auf die Eidesleistung, hatten sie sich besonderen Verfahrensvorschriften zu unterwerfen, die demütigenden Charakter haben konnten, ohne daß sie deshalb den Ausgang des jeweiligen Verfahrens negativ beeinflussen mußten². Ein 1564 in einem Reichskammergerichtsprozeß abgegebenes Votum kann diese Rechtsauffassung belegen, wenngleich hier eine aufschlußreiche, ansonsten eher selten geäußerte Modifikation angefügt wird. Den Juden stehe nämlich alles das zu, was römischen Bürgern zustehe (*iudei habent ea, que sunt civium romanorum*), und vor einem christlichen Richter sollen sie klagen und beklagt werden (*et coram christiano iudice agere et conveniri debent*). Infolgedessen sei auch mit ihnen ebenso wie mit den Christen nach Gerechtigkeit zu verfahren, wenngleich sie verachtenswert und mitunter von den Regeln der Billigkeit ausgeschlossen sind (*igitur iis perinde atque christiani iusticia iudice administranda est, licet maiori odio digni sint et quandoque a regulis equitatis excludantur*). Um in diesem Widerspruch eine sachdienliche Lösung zu finden, sei das Augenmerk auf die Eigenheiten des Rechtsfalls und nicht auf diejenigen der Prozeßparteien zu richten, also etwa darauf, ob auch ein Jude Anspruch auf Gerechtigkeit habe (*considerande sunt igitur nobis magis causae qualitatibus quam persone, hoc est an iudeus iusticiam foveat*). In erster Linie komme es auf den geltendgemachten Anspruch an (*inprimis de actione dicendum*)³. Vorgeschlagen wird damit eine geradezu modern anmutende Differenzierung, die das positivistische Rechtsdenken bis in die jüngste Vergangenheit beherrscht hat: Die Trennung zwischen Prozeßpartei und Streitgegenstand, zwischen persona und causa, in der Absicht, letztere von der ersteren so weit zu emanzipieren, daß eine deduktive Argumentation durch Anwendung von abstrakten Rechtsregeln möglich werden sollte. Angesichts der noch immer herrschenden großen Abneigung der Bevölkerung gegen die Juden – eine Abneigung, die auch die Intellektuellen der Zeit, die Theologen und Juristen gleichermaßen, teilten – konnte dieses Prinzip eine durchaus nützliche Aufgabe erfüllen. Es war möglicherweise dazu in der Lage, den Juden einen fairen Prozeß zu garantieren.

Und in der Tat scheinen die Juden des Reiches die sich ihnen bietende Chance in hohem Umfang ergriffen zu haben. Ausweislich des Wetzlarer Generalreptori-

ums der Kammergerichtsakten waren an den danach nachgewiesenen Kammergerichtsprozessen weit über 1000 Juden als Kläger beteiligt⁴. Geht man von knapp 75.000 erfaßten Prozessen aus⁵, so kommt man auf einen Anteil von maximal 1 1/2 Prozent der Kammergerichtsverfahren mit jüdischer Beteiligung auf der Aktivseite. Da die als Streitgenossen an zweiter oder dritter Stelle auftauchenden Juden in dieser Statistik nicht erfaßt sind, lag der Anteil insgesamt eher noch um einiges höher. Berücksichtigt man, daß der gesamte Bevölkerungsanteil der Juden im Bereich des Heiligen Römischen Reiches von einem halben Prozent im 17. auf höchstens 1,4 Prozent im beginnenden 19. Jahrhundert stieg⁶, so läßt sich durchaus behaupten, daß die Juden im Vergleich zur christlichen Bevölkerung des Reiches um einiges prozeßfreudiger gewesen zu sein scheinen⁷. Die überproportionale Zunahme derartiger Prozesse im 18. Jahrhundert, die nicht mit dem Bevölkerungswachstum erklärt werden kann⁸ und diesen auch bei weitem überschritt, ist ein Indiz dafür, daß sich die Juden ihrer Rechte und auch der noch bestehenden Rechtsdefizite bewußter wurden und nun einen Weg fanden, teilweise unter Übergehung der landesherrlichen oder städtischen Obrigkeiten eine Stabilisierung ihrer rechtlichen Situation zu erreichen.

Die Streitgegenstände, die die Juden an das Kammergericht brachten, waren vielfältig, und auch die gängigen Verfahrensarten des Mandats-, des Zitations- und des Appellationsprozesses wurden gleichermaßen in Anspruch genommen. Auffallend viele Verfahren gerieten auf dem Wege der Appellation von einem Urteil des kaiserlichen Hofgerichts in Rottweil an das Kammergericht. Dafür steht z.B. eine Injurienklage, die ein Jude namens Baruch 1535 gegen einen gewissen Bonaventura Slech am höchsten kaiserlichen Gericht anhängig machte⁹, die freilich kostenpflichtig abgewiesen wurde. Die Folge davon war, daß sich zahlreiche Reichsstände zur Verhinderung von Klagen der Juden am Rottweiler Hofgericht Gerichtsstandsprivilegien erteilen ließen. Formulare hierzu haben sich in den Bänden des Reichsregisters im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv recht zahlreich erhalten. Eines davon, das von Kaiser Ferdinand I. 1559 dem Deutschordensadministrator Wolfgang Schutzbar gen. Milchling erteilte Privileg¹⁰, das ein gleichartiges Privileg Kaiser Karls V. von 1542 für Administrator Walther von Kronberg wiederholte, unterband nicht nur Klagen der der Ordensherrschaft unterstehenden Juden am Hofgericht, sondern stellte auch die Darlehenstätigkeit der Juden unter herrschaftlichen Genehmigungsvorbehalt. Was Juden kraft allgemeiner Rechtsgrundsätze materiell-rechtlich oder prozessual zustand, konnte ihnen also durch Privilegien zugunsten einzelner Herrschaften – ebenso wie auch durch einschränkende vertragliche Bindungen¹¹ – wieder genommen werden, und in jedem einzelnen Fall mußte überprüft werden, inwieweit der an den kaiser-

lichen Gerichten ausgeübte allgemeine Judenschutz durchgriff.

Selbst wenn also der gerichtliche Rechtsschutz für die Juden dem aller anderen *cives Romani* angeglichen war, so konnte er doch nur das absichern, was vorprozessual zugesichert war und der Praxis des Schutzjudentums in den Landesfürstentümern und Städten des Reiches entsprach¹².

Typische Streitgegenstände in Kammergerichtsprozessen zwischen Juden und Christen sind, um hier zwei weitere Beispiele anzusprechen, in den Akten zweier Prozesse aus dem 18. Jahrhundert dokumentiert, die gegenwärtig im Reichskammergerichtsmuseum in Wetzlar ausgestellt sind¹³. Es sind dies Rechtsverfahren der Wetzlarer Judengemeinde mit dem Magistrat der Stadt, bei denen es in einem Fall um die Erlaubnis zur Errichtung einer Synagoge, im anderen Fall um die Aufhebung von Handelsschranken ging, die durch die Beschränkung der Juden auf die in der sog. Judenstätigkeit von 1726 aufgeführten Fälle entstanden waren. Beide Prozeßakten aus der Mitte und dem Ende des 18. Jahrhunderts, die heute dem Archiv der Stadt Wetzlar zugehörig sind¹⁴, stehen für zahlreiche andere Prozesse dieser Art an den beiden höchsten Gerichten des Reiches. Die jüdisch-schaftlichen Gemeinden, die sich seit dem beginnenden 17. Jahrhundert aus den repressiven Klammern des Konfessionellen Zeitalters zu lösen begannen und sich mehr und mehr stabilisieren konnten¹⁵, spielten dort, wo sie zugelassen wurden, bald eine hervorragende Rolle bei der Modernisierung des Staatswesens. Sie waren freilich nicht die Schöpfer des modernen kapitalistischen Systems, wie es noch Werner Sombart geglaubt hatte¹⁶, sondern lediglich, wie es kürzlich Arthur Hertzberg treffend formulierte¹⁷, „the beneficiaries of new trends“, die Nutznießer der neuen Entwicklungen im Wirtschaftsleben. Gerade angesichts ihrer unter dem Druck durch die das städtische Gewerbe beherrschenden Zünfte stehenden, nur in Ausnahmefällen zugelassenen gewerblichen Betätigungsmöglichkeiten nahmen sie die neuen Chancen, die ihnen der merkantilistische Fürstenstaat bot, schneller und entschlossener als andere wahr. Diejenigen Juden, die im Laufe des 18. Jahrhunderts in Handel und Gewerbe zu Ansehen und Wohlstand kamen – es waren dies freilich nach wie vor nur einige wenige, die dem immer größer werdenden Heer der Betteljuden gegenüberstanden –, nutzten ihre verbesserte ökonomische Position, um auch die bestehenden und unzeitgemäß gewordenen rechtlichen Schranken der Schutzbriefe, „Stättigkeiten“, Judenordnungen und Privilegien zu überschreiten. Vollständig gelang dies allerdings im Bereich des Heiligen Römischen Reiches nie¹⁸, auch nicht den wenigen Hofjuden, die sich kraft besonderer Beziehungen zu den jeweiligen Landesherren aus einigen Fesseln befreien konnten, doch stets in ihrer Existenz aufs äußerste gefährdet geblieben¹⁹. Die einzigen, denen dies außerhalb des Reiches gelang, nämlich die se-

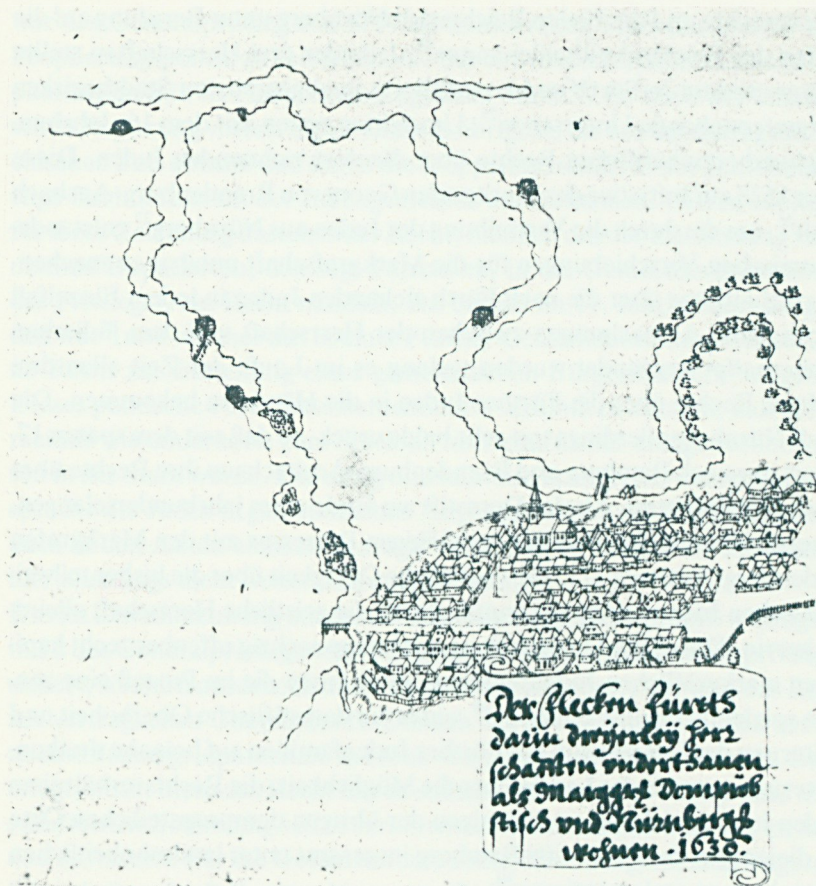
phardischen Juden Südwestfrankreichs, vor allem aus Bordeaux und Bayonne, vermieden peinlich genau den Kontakt zu den zurückgebliebenen und herablassend behandelten Aschenasim, die die Hauptgruppe der deutschen Juden ausmachten²⁰.

Darum nun ging es in vielen Kammergerichtsprozessen, ebenso wie letztlich auch in dem den Hauptgegenstand dieses Beitrags bildenden Fürther Prozeß. In beiden stadtwetzlarischen Verfahren sollten einerseits die inzwischen erweiterte Handelstätigkeit rechtlich festgeschrieben²¹, andererseits die gottesdienstlichen Provisorien in gemieteten Gebäuden durch die Schaffung eines religiös-kulturellen Mittelpunktes ersetzt werden²². In beiden Fällen schlug sich ein gesteigertes Selbstbewußtsein der Judengemeinden nieder, die nicht mehr ohne weiteres bereit waren, obrigkeitliche Restriktionsmaßnahmen hinzunehmen. Daß die ein Viertel der Gesamtgemeinde umfassende große jüdische Gemeinde des fürstlich-oettingischen Residenzstädtchens Harburg in Schwaben 1753/54 eine – noch heute bestehende – Synagoge bauen durfte, die die umliegende Bebauung bei weitem überragte und die seither die Ufersilhouette der Altstadt von der Würnitz her bestimmte²³, war durchaus nicht ungewöhnlich. Daß der Synagogenbau wie im Wetzlarer Fall prozessual erst abgesichert werden mußte, bietet einen Hinweis auf die andere Seite der Situation: Viele Rechte, die man sich durch Schutzbriefe und Privilegien gegen vielfach hohe Gebühren hat zusichern lassen, hatten in der Regel nur Bestand, falls sie in einem Prozeßverfahren durchgesetzt und schließlich von der nichtjüdischen Umwelt akzeptiert worden waren.

Dieser Zusammenhang muß im Auge behalten werden, wenn im folgenden die vor dem Kammergericht ausgetragene Streitigkeit des Domstifts Bamberg mit der Judengemeinde in Fürth um den Umfang der korporativen Rechte der letzteren und die Reichweite der herrschaftlichen Befugnisse des ersteren analysiert wird.

II

Kontrahenten der Fürther Streitigkeit waren auf der einen Seite der Bamberger Dompropst Marquard Wilhelm v. Schönborn, ein Neffe des damaligen Mainzer Kurfürsten und Bamberger Fürstbischofs Lothar Franz v. Schönborn. Spätestens seit dem 14. Jahrhundert, seit Burggraf Konrad der Fromme von Nürnberg die Vogteiherrschaft über den Marktflecken auf die Bischöfe von Bamberg übertragen hatte, war die Geschichte der „Dreiherrschaft“ Fürth von der Konkurrenz von drei Herrschaften bestimmt, dem Domstift Bamberg nämlich als Rechtsnachfolger der hochstiftischen Vogteirechte, der Markgrafschaft Brandenburg-Ansbach als der Rechtsnachfolgerin in die verbliebenen burggräflich-nürnbergi-



Ansicht von Fürth.

„Der Flecken Fürth darin dreyerley Herrschafft underthanen als Markgraf. Domprobstisch und Nürnberg. wohnen“.

Federzeichnung, 1630

Nürnberg, Germanisches Nationalmuseum, Graphische Sammlung SP 946

schen Geleitsrechte und der Freien Reichsstadt Nürnberg unter Berufung auf die Pertinenzien des Reichsschultheißenamtes²⁴. Jede der drei Herrschaften stellte eigene Bürgermeister in Fürth und kontrollierte in abgegrenzten Stadtbezirken jeweils ihr unterstehende Untertanen²⁵. Umstritten waren seit dem 16. Jahrhundert die schutzherrschaftlichen Rechte über die dort wohnenden Juden. Diese wurden seit 1528 auf Initiative des Markgrafen Georg von Brandenburg-Ansbach angesiedelt²⁶, um die durch die Vertreibung der Juden aus Nürnberg²⁷ entstandenen ökonomischen Verschiebungen für die Markgrafschaft nutzbar zu machen. Da Schutzverhältnisse über die nach Fürth ziehenden Juden in jedem Einzelfall durch vertragliche Abmachungen zwischen der Herrschaft und dem jüdischen Familienoberhaupt begründet wurden, gelang es im Laufe der Zeit allen drei Herrschaften, Rechte über die Fürther Juden in die Hände zu bekommen. Die Reichsstadt Nürnberg allerdings trat sehr bald zurück, so daß seit dem späten 17. Jahrhundert nur noch Bamberg und Brandenburg-Ansbach um ihre Rechte über die Fürther Juden stritten. Als das Domstift am Ende eines jahrhundertelangen, an Kammergericht und Reichshofrat anhängigen Prozesses mit den Markgrafen von Brandenburg-Ansbach 1715 die vogteiliche Obrigkeit über die bisher teilweise ansbachischen Juden erlangen konnte, wurde die geistliche Herrschaft alleinige Schutzherrin. Durch die Unterstellung der knapp sechzig offenbar recht kapitalkräftigen markgräflichen Judenfamilien, unter ihnen die im Prozeß eine zentrale Rolle spielende Familie Ullmann²⁸, unter die domstiftische Oberhoheit und die Erweiterung der Gesamtzahl der Fürther Judenfamilien auf beinahe dreihundert²⁹ hatte nun erstmals der Landesherr die Möglichkeit, die Rechtsverhältnisse seiner Juden in Angleichung an diejenigen der übrigen dompropsteilichen Orte und auch diejenigen des Hochstifts Bamberg insgesamt unter landeshoheitlichen Gesichtspunkten zu reglementieren³⁰.

Die sich damit bietende Gelegenheit zur Neuordnung der jüdischen Verhältnisse wurde von Dompropst Otto Philipp Freiherr v. Guttenberg ergriffen, der in einem am 2. März 1719 ausgestellten umfassenden Generalprivileg³¹ in neununddreißig, teilweise recht umfänglichen Artikeln die Rechtsverhältnisse der Fürther Judenschaft auf eine neue Basis stellte³². Dieses Privileg als Dokument einer besonders wohlthätigen Judenpolitik der Dompropstei zu werten, wie dies 1867 Siegfried Haenle tat³³, geht freilich am Kern der Sache vorbei, weil sie die Umstände der Privilegienerteilung außer acht läßt. Die kurz vorher über die Juden vervollständigte landeshoheitliche Gewalt bedurfte der Absicherung, und diese war nur möglich, wenn die rapide anwachsende Judenschaft der Stadt einen Anreiz zum Ausbau ihrer gewerblichen Tätigkeit erhielt und so von einer durch zeitweisen Hoheitswechsel zu befürchtenden Abwanderung abgehalten wurde. Insofern

war das Generalprivileg von 1719 als flankierende Maßnahme einer stiftischen Peuplierungspolitik zu verstehen, die der bewußten fürstlich-ansbachischen Peuplierungspolitik in Fürth entgegengesetzt wurde³⁴. Es blieb der domkapitularen Regierung vorerst nichts anderes übrig, als die aus der markgräfllich-ansbachischen Zeit übliche und durch die Doppelherrschaft in der Stadt bedingte günstige Rechtssituation der Judengemeinde anzuerkennen. Hierzu zählte u. a. ein für diese Zeit einzig dastehendes Recht, nämlich das der Entsendung von zwei jüdischen Deputierten, den sog. Parnassim, in die Gemeindeversammlung (§ 29 des Privilegs), ein Recht nämlich, das bereits im 17. Jahrhundert ausgeübt worden war³⁵ und welches das in einer Fürther Gemeindeordnung von 1652 entzogene Recht zur Bestellung eines gemeindlichen Bürgermeisters³⁶ abgelöst hatte. Dieses politische Partizipationsrecht hatte verhindern können, daß die Judengemeinde wie andernorts zum Spielball herrschaftlicher und gewerblicher Interessen in der Stadt wurde. Die eifrig und teilweise erfolgreich wahrgenommene Mitsprache der Juden in gemeindlichen Angelegenheiten des Marktfleckens ist denn auch in den Akten vielfach bezeugt³⁷. Die Auswirkungen im einzelnen können hier allerdings nicht weiter diskutiert werden.

Das im Zusammenhang mit dem Reichskammergerichtsprozeß wichtigste Recht, in § 2 des Generalprivilegs von 1719 geregelt, wurde freilich nicht privilegial zugesichert, sondern ausdrücklich durch *Accord* vereinbart, war also das Ergebnis einer vertraglichen Übereinkunft. Danach wurde den Fürther Juden auf zehn Jahre eine Schutzgeldpauschale in Höhe von jährlich 2.500 rheinischen Gulden auferlegt, wofür diese das Recht haben sollten, *unter unserer vogtey- und lehensherrschaftlichen Bothmäßigkeit in berührtem Ambt Fürth zue wohnen, zu handtieren und zu hausen*. Für die Gesamtsumme sollte die Judengemeinde insgesamt *in solidum haften*. Im Falle einer Vertragsaufhebung sollte an die Stelle der Pauschale eine individuelle Schutzgeldleistung über jeweils 10 Gulden treten, von der nur die Witwen befreit waren. Da ausweislich der erhaltenen Steuerlisten der Jahre 1716 und 1718 vorher jährlich insgesamt nur knapp 1.100 Gulden jährlich an Schutzgeldern aufgebracht wurden, bedeutete die nunmehr vereinbarte Pauschale, die generell von einem pro-Kopf-Schutzgeld von zehn Gulden ausging und damit ausdrücklich die Praxis des Hochstifts Bamberg übernehmen wollte, auf den ersten Blick eine Verschlechterung der steuerlichen Situation für die Fürther Juden. Darauf hat denn auch 1728 der jüdischrechtliche Anwalt Justus Faber hingewiesen³⁸. Andererseits aber wurde mit dem hier mitgeteilten Akkord die jährliche Belastung der jüdischen Gesamtgemeinde begrenzt und damit kalkulierbar, mit der Konsequenz, daß durch Neuzuzüge die individuelle steuerliche de-facto-Belastung abnahm. Es kann angenommen werden, daß dieses ökonomi-

sche Moment dafür ausschlaggebend wurde, daß die Judengemeinde der Schutzgeldpauschale zustimmte. Der von den jüdischen Gemeindevorstehern nach sozialen und wirtschaftlichen Kriterien individuell umgelegte Schutzgeldanteil war damit für die gewerbetreibenden Schutzverwandten zu einem Kostenfaktor geworden, der in die kaufmännische Gesamtrechnung einbezogen werden konnte. Dem Zweck, eine ökonomische Expansion der Judenschaft in Fürth zu erreichen, dienten auch die Bestimmungen, daß Neuaufnahmen in die Gemeinden zwar vom Nachweis eines bestimmten Vermögens sowie eines herrschaftlichen und jüdischen Unbedenklichkeitsattestes abhängig gemacht wurden, nicht jedoch von der Zahlung abschreckender Aufnahmegebühren. Die Nachweise des sog. Inferendums, des einzubringenden Vermögensgutes, wie es nach hessischen Quellenbelegen genannt wurde³⁹, waren, sofern nicht ein Zuzug durch Einheiratung erfolgte oder der Zuziehende als Gelehrter aufgenommen wurde, deshalb in einer beträchtlichen Höhe von 5.000 Gulden angesetzt, um die Kapitalkraft der Gemeinde abzusichern und den Zuzug von vermögenslosen Juden und damit die Belastung der Gemeindekasse durch Bereitstellung von größeren Almosenbeträgen zu vermeiden.

Sieht man sich die Einwohnerzahlen der Gesamtgemeinde Fürth für den hier interessierenden Zeitraum an, so stellt man fest, daß die in einem relativ geschlossenen Bezirk im Süden der Stadt wohnende Judenschaft⁴⁰ einen beträchtlichen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachte. Von den um 1720 etwa 5.700 Einwohnern des Marktfleckens⁴¹ waren ausweislich der schon erwähnten Steuerlisten von 1716 und 1718 etwa 1.500 Juden⁴². Dies entspricht einem Anteil von etwa zwanzig Prozent. Fürth hatte damit von allen Städten und größeren Marktflecken des Heiligen Römischen Reiches den weitaus größten Bevölkerungsanteil von Juden in dieser Zeit. Selbst die bedeutenden Gemeinden von Frankfurt am Main und von Worms kamen gleichzeitig nur auf einen Anteil von zehn bzw. dreizehn Prozent der Gesamtbevölkerung⁴³.

Es ist unstrittig in der historiographischen Literatur⁴⁴, daß die Fürther Juden einen erheblichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des von ihnen bewohnten Marktfleckens leisteten, ja dessen Expansion auf Kosten der nahegelegenen Reichsstadt Nürnberg, in der seit 1498 keine Juden mehr wohnen durften⁴⁵, überhaupt erst ermöglichten. Es scheint nicht übertrieben gewesen zu sein, wenn der judenschaftliche Prokurator 1728 behauptete, daß *die Fürther Judenschaft, welche die übrigen Handwerksleuthe in Fürth fast mehrestentheils mit Arbeit versiehet oder wenigstens* (dazu) *Anlaß gegeben* (habe), dafür gesorgt habe, daß *nunmehr dieser Marktflecken in einem florihrenten und weit besseren Stand, als etwan auch nur von 50 Jahren gewesen, dermahlen ist*. Fürth sei nämlich, wie es weiter

hieß, *nichtes anderes, als ein allenthalten offener Marckflecken und (sei) nicht anders als ein mit mehrestentheils armen Tagelöhnern und anderen dahin geflüchteten Handwercksleuthen, welche sich mehrestentheils von der alldasigen Judenschaft (er)nähren, angefülltes großes Dorf*⁴⁶. Nach dem insoweit zutreffenden Urteil Hans Mauersbergs⁴⁷ hatte die ökonomische Expansion der Stadt seit dem späten 17. Jahrhundert ihre Ursache in der – durch Stadtmauern, Zoll- und Geleitsschranken nicht behinderten – freien Ansiedlungspraxis der Stadtherren, die eine Ghettobildung der Juden vermied und eine Integration aller Bevölkerungsgruppen in rechtlicher, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht ermöglichte. Die von Justus Faber in obigem Zitat beobachtete Offenheit des Marktfleckens und Arbeitsplatzvermehrung aufgrund der gewerblichen Aktivitäten der Juden kann aktenmäßig für die Zeit seit den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts belegt werden, also genau für denjenigen Zeitraum, in dem durch den bamberg-ansbachischen Ausgleich und das Generalprivileg von 1719 eine bisher nicht dagewesene Rechtssicherheit in den Herrschafts- und Schutzverhältnissen hinsichtlich der Juden einkehrte.

Voraussetzung für die mit dem Privileg von 1719 gleichsam hoheitlich legitimierte Prosperität war eine funktionierende Gemeindeverwaltung im Rahmen einer korporativen Autonomie, deren Organe sogar Gegenstand einer verfassungsjuristischen Dissertation wurden⁴⁸. Diese Gemeindestruktur hatte in umfangreichen Takkanot, einer Sammlung von polizeilichen Vorschriften, im Jahre 1728 ihren gesetzgeberischen Ausdruck gefunden⁴⁹. Mit ihnen sollten insbesondere die hierarchische Ordnung innerhalb der Gemeinde sichergestellt und auch übermäßiger Luxus bei Festlichkeiten und in bezug auf die Kleidertrachten abgestellt werden⁵⁰. Detaillierte Verhaltensvorschriften zur Bewältigung des alltäglichen Lebens schufen nicht nur Sicherheiten für die Gemeindeangehörigen und Kriterien zur Identitätsfindung, sondern auch Handhaben für die Rabbinen und Gemeindevorsteher zur Disziplinierung ihrer Gemeinde⁵¹. Die von der Landesherrschaft zugestandene korporative Autonomie konnte so mit realem Leben gefüllt und als Abwehrmechanismus gegen Assimilierungsgefahren eingesetzt werden.

Die Gefahren der autonomen Selbstregierung der Fürther Judenschaft und der offiziellen Legitimierung weitgehender korporativer Rechte zur Ermöglichung einer unbehinderten ökonomischen Entwicklung wurden von der sich konstituierenden domstiftischen Landeshoheit im Marktflecken Fürth recht bald erkannt. Dompropst v. Guttenberg hielt sich allerdings an sein 1719 gegebenes Versprechen gebunden und ermöglichte so jedenfalls für die folgenden vier Jahre einen deutlich sichtbaren Aufschwung der Fürther Judengemeinde. Die Lage änderte sich jedoch nach seinem Tod im Jahre 1723. Der durch Wahlkapitulationen ge-

genüber dem Domkapitel gebundene neue Dompropst Marquard Wilhelm v. Schönborn erließ noch im August 1723 von Eichstätt aus in der Absicht, die – wie er behauptete – *eingeschlichenen Unordnungen und Misbrauch* abzustellen, eine neue Ordnung für die Fürther Judenschaft⁵². Diese sollte vor allem dem Zweck dienen, die dortigen Verhältnisse denen des Hochstifts Bamberg insgesamt anzugleichen, was aber im Ergebnis auf eine Beschränkung der 1719 gewährten Rechte hinauslief⁵³. Formal blieb das auf zehn Jahre gewährte Generalprivileg von 1719 unangetastet. Durch die Einführung zusätzlicher Steuern, von Kontrollen bei Neuzuzügen und von verschiedenen Handelsbeschränkungen wurden jedoch empfindliche Eingriffe in die gemeindlichen Korporationsrechte vorgenommen, die für die Zukunft die ökonomische Entwicklung der Judengemeinde stark behindern mußten. Für den späteren Kammergerichtsprozeß wurde vor allem die Beschränkung und herrschaftliche Kontrolle durch die Einführung eines Einstandsgeldes wichtig. Nach Art. 1 der Ordnung wurde die Neuaufnahme von Juden durch das dompropsteiliche Amt nur noch dann bewilligt, falls *der neu Eintretende das Einstandgelt à 8 Species-Ducaten samt Auslösung seines Schutzbrief(es), gleichwie es bey andern benachbarten Herrschaften Herkomens*, erbrachte. In der Praxis wurde das Einstandsgeld in der Folgezeit im Falle von Eheuraten auf einen Betrag von vier Dukaten halbiert, da in diesem Fall keine neuen Schutzjuden aufgenommen, wohl aber für die Zukunft die Möglichkeit der Begründung neuer jüdischer Haushalte in der Judengemeinde Fürth zu erwarten war.

Die Summe von vier bzw. acht Speciesdukaten, einer seit dem späten 17. Jahrhundert im Gebiet des Heiligen Römischen Reiches vordringenden Goldmünze⁵⁴, mag insgesamt nicht sehr erheblich gewesen sein. Gravierender für die Judengemeinde war die Tatsache, daß durch die Bezahlung des Einstandsgeldes die Aufnahmekompetenz der Landesherrschaft anerkannt wurde und damit genau das erreicht werden konnte, was das Domkapitel ausweislich seiner im Rahmen des Prozesses überlieferten abgegebenen Willensäußerungen⁵⁵ stets forderte: eine Beschränkung der Zahl der Juden auf den vom örtlichen, christlichen Gewerbe zugestandenen Umfang. Um ihre Rechte nicht zu verlieren, hat deshalb die Fürther Judenschaft in der Folgezeit die jeweilige Zahlung des Betrags mit notariellen Protesterklärungen verbunden⁵⁶ und damit kundgetan, daß die Zahlungen stets gezwungenermaßen und vorbehaltlich der fortbestehenden Rechte erfolgten.

Damit waren zugleich die beiderseitigen Positionen in der Verfassungsfrage festgesteckt. Auf der einen Seite stand die Fürther Judenschaft, die an einer möglichst ungehinderten Entwicklung von Gewerbe und Handel in dem von ihr be-

wohnten Marktflecken im Wettbewerb mit der nahegelegenen Reichsstadt Nürnberg interessiert war⁵⁷ und deshalb die Aufrechterhaltung der 1719 legitimierten korporativen Verfassung betreiben mußte. Der Erlaß der Takkanot 1728 war eines der Mittel, die autonome Regelung der Gemeindeangelegenheiten in selbstdisziplinierender Absicht durchzuführen. Die Judengemeinde mußte deshalb Wert auf die Feststellung legen, daß die 1719 zugesicherten Rechte als vertraglich vereinbart und nicht als hoheitlich gnadenweise gewährt galten⁵⁸, daß sie also nur in beiderseitigem Einvernehmen wieder außer Kraft gesetzt werden konnten. Das Vorbild der nach der Aufhebung des Edikts von Nantes 1685 aus Frankreich vertriebenen Hugenotten vor Augen, die sich durch vertragliche Vereinbarungen verschiedenorts freie Ansiedlungsrechte hatten erteilen lassen⁵⁹ und auch im nahegelegenen Erlangen unter markgräflisch-ansbachischer Initiative einen wichtigen wirtschaftlichen Mittelpunkt gegründet hatten⁶⁰, war man an einer möglichst weitgehenden Befreiung von herrschaftlichen Kontrollen und Restriktionen interessiert. Fürth sollte ein „offener Marktflecken“⁶¹ für Christen in gleicher Weise wie für Juden bleiben, dessen Prosperität nicht von merkantilistischen Steuerungs Eingriffen der Landesherren abhängig sein, sondern in einem ökonomischen Selbstregelungsmechanismus erzielt werden sollte.

Auf der anderen Seite stand die Dompropstei Bamberg, die sich kurz vorher nach langwierigen, vor Reichshofrat und Reichskammergericht geführten Prozessen gegenüber den konkurrierenden Stadtherren, den Markgrafen von Brandenburg-Ansbach, hinsichtlich der Juden durchgesetzt hatte und die ihre schutzherrschaftlichen Rechte nunmehr stabilisieren wollte. Sie betrachtete das Generalprivileg von 1719 nur als eine Durchgangsstufe, deren Zweck vier Jahre später längst erfüllt war und die nun zur Disposition der landesherrlichen Gewalt stand. Die Ordnung von 1723 betrachtete sie in diesem Rahmen als einen zweiten Schritt zur Angleichung der Rechtsverhältnisse der Fürther Juden an diejenigen der Juden in den übrigen Teilen des Hochstifts Bamberg. Sie sei – wie sie in ihrem 1726 an das Kammergericht abgefaßten Bericht wörtlich erklärte⁶² – *zu anderst nichts als zur Errichtung guter Policey und Herstellung einer in jeder Gemeinschaft profitablen Ordnung gemeint*. Es sei notwendig, daß *jeder Obrigkeit freye und unumschränkte Gewalt gelaßen würde, alles dasjenige nach eigenem Gefallen vorzukehren, was dem Gemeinen Wesen und denen untergebenen treuen Unterthanen, auf was Arth es immer geschehen mag, ersprießlich und erforderlich seyn könne*. Die Einschränkung der jüdischen Privilegien durch die Ordnung von 1723 sei deshalb *zur praetentirten Utilitaet der hochlöblichen dompropst-bambergischen Subditorum oder Schutzverwandten in Fürth* geschehen. Mit anderen Worten: Da die Ordnung von 1723 als polizeiliche Maßnahme im Sinne der *salus*

publica, wie es an einer anderen Stelle des Berichtes hieß, erlassen worden sei, berücksichtige sie in Wirklichkeit die wahren Interessen der Judengemeinde in Fürth. Ihre Bestimmungen seien ganz dem Ermessen des Landesherrn anheimgestellt, der weder durch eine Appellation, noch durch Suppliken oder Beschwerden zu einer Änderung gezwungen werden dürfe. Der Gemeine Nutzen aber erfordere eine Beschränkung des Umfangs der Judengemeinde, und dazu seien die notwendigen verwaltungstechnischen Maßnahmen zu ergreifen. Der Handlungsspielraum der Landesobrigkeit könne durch etwaige vertragliche Abmachungen aus früherer Zeit in keinem Falle eingeschränkt werden. Von einem Schutz korporativer Rechte der Judenschaft war nicht mehr die Rede. Vielmehr ging es allein noch um eine effektive Durchsetzung und Stabilisierung der durch die Markgrafschaft Brandenburg-Ansbach stets gefährdeten landeshoheitlichen Gewalt.

III

Es bedurfte jetzt nur noch eines konkreten Anlasses, um eine gerichtliche Auseinandersetzung um die beiderseits im Grund unvereinbaren Positionen in Gang zu bringen. Dieser Anlaß bot sich im September 1724, als Israel Ullmann, der Sohn des ehemals brandenburg-ansbachischen Juden Salomon Ullmann, die aus dem ansbachischen Marktflecken Baiersdorf nördlich von Erlangen stammende Jüdin Mindlein heiraten wollte⁶³. Vorausgegangen war bereits eine schriftliche Auseinandersetzung zwischen der Judenschaft und der Dompropstei um die Rechtmäßigkeit der Ordnung von 1723, die aber letztlich nur dazu führte, daß im August 1724 ein verschärfter propsteilicher Befehl erlassen wurde, des Inhalts, daß denjenigen Juden, die bei Heiraten ihr Einstandsgeld nicht bezahlten, unverzüglich der herrschaftliche Schutz aufgekündigt würde⁶⁴. Um eine Schutzaufsage nicht zu riskieren, entschloß man sich deshalb, die Hochzeit Israel Ullmanns nach Baiersdorf zu verlegen. Nach der Verheleichung sollten die Neuvermählten jedoch in das Haus des Salomon Ullmann in Fürth ziehen.

Der domstift-bambergische Amtmann Dietzenhöfer sah in dieser Vorgehensweise jedoch eine Umgehung der geforderten Einstandspflicht. Er gebot deshalb am 20. September des Jahres den beiden inzwischen in Fürth eingezogenen Eheleuten bei einer Strafe von 150 Gulden, innerhalb von drei Tagen wieder auszuziehen. Da sich beide weigerten, wurde Mindlein kurzerhand festgenommen, wenn auch nach Stellung einer Kaution bald darauf wieder freigelassen.

Obwohl Salomon Ullmann bereits einen Tag später auf Druck der propsteilichen Verwaltung seinen Sohn schriftlich und in Gegenwart eines Notars und von Zeugen aufforderte, *daß ihr mein Hauß meiden sollet, damit ich meiner hochlöbli-*

*chen Herrschaft Befehl manuteniren kann*⁶⁵, und auch Mindlein schriftlich zusicherte, daß Israel kein Handelsgeschäft zu betreiben beabsichtige, *da er noch jung seye und keine Handelschafft verstehe noch weniger treibe, sondern einzig dem Studiren obliege*⁶⁶, und obwohl schließlich am 22. September die Parnassim der jüdischen Gemeinde in einer schriftlichen Erklärung zu Protokoll der Dompropstei ihre Bereitschaft erklärten, in diesem Fall in Gesamthaft acht Speziesdukaten sowie 150 Gulden Strafe zu übernehmen⁶⁷, konnte der Streit nicht beigelegt werden, da die Judenschaft in Fürth nach wie vor ihre Rechtspflicht zur Entrichtung einer Einstandssteuer bei Hochzeiten nicht anerkannte. Da man sich nicht einigen konnte, wurden Vater und Sohn Ullmann durch bambergische Musquetiere, die man vorsichtshalber vor dem Ullmannschen Haus postiert hatte, festgenommen und in die Dienstwohnung des bambergischen Amtsknechts in Verwahrung genommen.

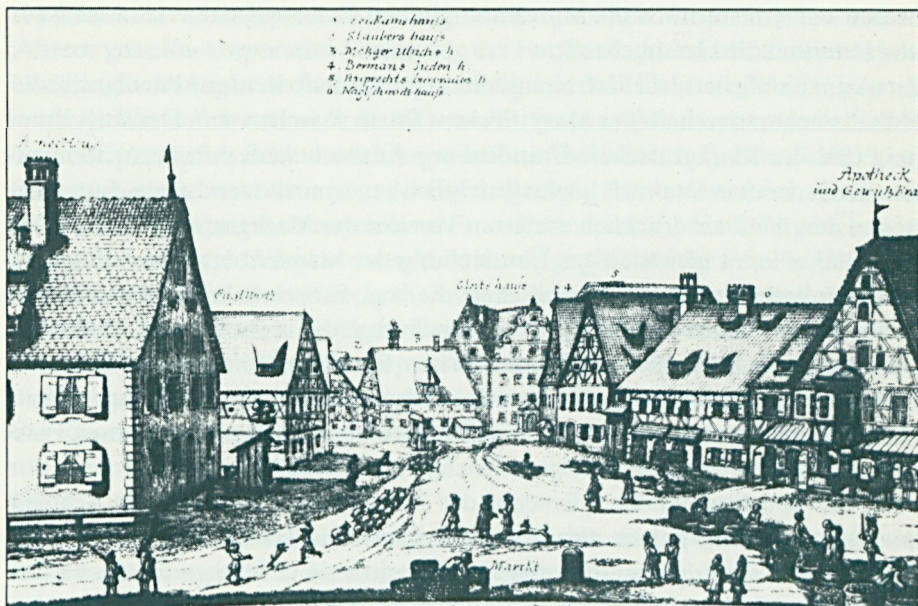
Die nun beginnende siebenwöchige Gefangenschaft der beiden Ullmanns im Fürther Amtshaus, das von propsteilicher Seite als *eine der schönsten Prangstuben* geschildert wurde, von den Betroffenen aber als *schimpfliches Behältniß, in welchem sie diese gantze Zeit auf der harten Erde* (haben) *schlafen müssen* und das auch *fester verpallisadiret und verschloßen* (sei) *als die Bastille zu Paris*⁶⁸, wurde zu einer wahren Tortur für die beiden Gefangenen. Um eine Vorstellung davon zu vermitteln, sollen einige Passagen der Klagschrift des judenschaftlichen Anwalts Justus Faber vom September 1725⁶⁹ wörtlich wiedergegeben werden. Da die Einzelheiten aus ihr auf keinen spezifizierten Widerspruch der Bamberger Verwaltung stießen und auch verschiedene Details zu den Umständen und Hintergründen der Gefangenschaft und schließlich Befreiung durch Berichte von Drittpersonen belegt werden konnten, kann davon ausgegangen werden, daß sich die Ereignisse in den Monaten September bis November 1724 so abgespielt hatten, wie sie in der Klagschrift geschildert wurden.

Faber brachte zunächst vor, Salomon und Israel Ullmann seien *gleich denen ärgsten, auf dem Hals sitzenden Maleficanten tractiret worden*. Es sei ihnen nämlich *nicht nur eine Wache vor die Thür gestellt, sondern auch des Nachts ein Schloß dafür gelegt worden, so daß sie nicht einmahl auf den Fall Bedürfnis der Natur zu helfen beyseits gehen, sondern einer in des anderen Gegenwort dem kindlichen Respect und der väterlichen Autoritet zu entgegen sich des Fensters hierzu ohnflätigerweise* (hätten) *bedienen müssen*. Es sei ihnen außerdem strengstens verboten worden, mit irgendjemandem Kontakt aufzunehmen. Obwohl beide mehrmals schriftlich um Entlassung gebeten hätten, um wenigstens am anstehenden Laubhüttenfest und zu anderen familiären Zeremonien anwesend sein zu können⁷⁰, habe sich nichts geändert. Es habe wenig gefehlt, daß der ältere Ullmann

wegen der erlittenen Strapazen und angesichts einer *gefährlichen Kranckheit dem jungen Fränckel in das Reich derer Todten nachgefolgt wäre*. Der besagte Isaak Fränkel, der kurz nach den Ullmanns von Fürth aus nach Zürndorf geheiratet hatte, habe sich über das harte Vorgehen der dompropsteilichen Verwaltung derart aufgeregt, daß er, in der Blüte seiner Jugend stehend, im Alter von nur neunzehn Jahren verstorben sei. Er habe, wie Faber sich ausdrückte, *das kaum bestiegene Brautbett mit der düstern Todthengruft verwechselt*.

Trotz aller Vorhaltungen und Klagen der Fürther Judengemeinde habe aber keine Erleichterung der Haftbedingungen erreicht werden können. Vielmehr sei statt dessen dem Wächter des Amtshauses befohlen worden, niemanden zu den Arrestanten zu lassen. Als die Ehefrau des jungen Ullmann diesem etwas Essen ins Amtshaus habe bringen wollen, sei sie ebenfalls eingekerkert worden, da sie sich den bambergischen Anordnungen widersetzt und man geltend gemacht habe, daß niemand anderes als die Wache zur Verköstigung der Gefangenen befugt sei. Erst auf ihre Einwendung hin, daß *das Eßen nicht koscher seye, wenn es nicht von Judenhänden käme*, wurde der Ullmannschen Dienstmagd gestattet, Speisen ins Gefängnis zu bringen. Besonders mißlich sei es auch gewesen, daß des Nachts das Licht entzogen worden sei, so daß die beiden Ullmanns keine Briefe an ihre Angehörigen hätten schreiben und nichts unbeobachtet hätten tun können.

Zu einem Ende der Torturen kam es, wie erwähnt, nach einer siebenwöchigen Haftzeit. Über die Einzelheiten der Umstände der Haftbefreiung sind wir aus einem Bericht des brandenburg-ansbachischen Geleitsmannes vom November 1724 genauestens unterrichtet⁷¹. Danach war Israel Ullmann in eine tätliche Auseinandersetzung mit dem dompropsteilichen Amtsknecht geraten, nachdem sein Vater diesem eine Beschwerde über die *gar zu zeitliche Entziehung des Lichts bey nächtlicher Weil* vorgetragen hatte. Der ebenfalls anwesende Sohn des Amtsknechts hatte dabei das Licht gelöscht und die Ullmanns mit den Worten bedroht, *still zu schweigen, sonst einen Flügel vom Leib zu hauen*. Als er dann noch in angetrunkenem Zustand seinen Degen zog und mit diesem wild um sich schlug, öffneten die beiden Gefangenen *aus Bangigkeit* den zur Straße hin geschlossenen Fensterladen und riefen um Hilfe. Zwei brandenburg-ansbachische Grenadiere, die zur Wahrnehmung der brandenburgischen Geleits Herrschaft ihren Wachtdienst versahen, hörten die Hilferufe und machten daraufhin sofort dem zuständigen Sergeanten Meldung. Da der unverzüglich beim dompropsteilichen Amtmann wegen der schlechten Behandlung der beiden Gefangenen erhobene Protest ohne Resonanz blieb, dieser vielmehr aus dem Fenster der Gaststube „Zum Engel“ heraus androhte, *daß man sie, (die) Soldaten, mit Hunden weg-*



Der Marktplatz von Fürth.
Kupferstich von Johann Alexander Baener, 1704
Sammlung Alfred Rubens, London

hetzen wolle, erstürmten die brandenburgischen Geleitsoldaten das Amtshaus und befreiten die Gefangenen.

Zu einem Erfolg hatte die Befreiungsaktion nur deshalb werden können, weil die Hoheitsrechte innerhalb des Marktfleckens Fürth zwischen dem Domstift Bamberg und der Markgrafschaft Brandenburg-Ansbach weiterhin umstritten waren. Trotz der dem Domstift höchstgerichtlich zugesprochenen Judenschutzrechte und dem 1717 ausdrücklich erklärten Verzicht der Markgrafschaft auf die Judenregalien unter gleichzeitiger Überstellung der brandenburgischen Juden an Ansbach hatte sich die Markgrafschaft die sog. Erbschutzhuldigung mit dem Recht zur jährlichen Erhebung eines Erbschutzgeldes vorbehalten⁷². Zur Absicherung seiner partiellen landeshoheitlichen Rechte hatte Markgraf Karl von Brandenburg-Ansbach eine ständige Geleitmannschaft nach Fürth abgeordnet, ohne daß der Dompropst dies hätte verhindern können. Da Brandenburg-Ansbach sich rechtlich nur auf die eigene Hochgerichtsbarkeit berufen und damit nur eines der konstituierenden Elemente der Landeshoheit in Anspruch nehmen konnte⁷³, Bamberg jedoch die vogteiliche Gewalt in Händen hatte, hatte die Dompropstei zwar die rechtlich günstigere Position inne⁷⁴. Die militärische Dominanz der Markgrafschaft, die zusammen mit der Reichsstadt Nürnberg das Amt Fürth auch territorial umschloß, war jedoch unübersehbar und ließ dem Domstift Bamberg nur noch einen geringen politischen Handlungsspielraum.

Der Streit um die Erhebung des Einstandgeldes von den Fürther Juden und um die bei verweigerter Zahlung durchgeführten Zwangsmaßnahmen waren nicht die einzigen Konfliktpunkte, die in der rechtlichen Auseinandersetzung zwischen Judengemeinde und Dompropstei eine Rolle spielten. Nahezu alle Artikel der 1723 errichteten Ordnung provozierten ebenfalls einen erbitterten Widerstand der Judenschaft. Umstritten waren insbesondere die Zweckbindung bestimmter judenschaftlicher Häuser als Lehrstätten („Nebenschulen“), die freie Wahl der Parnassim und Gemeindevorsteher (Vorwurf der Inanspruchnahme quasihöheitlicher Gewalt), die zusätzliche Besteuerung der Erbhuldigung, die Haftung der Ehefrauen für die Geschäftsschulden ihrer Ehemänner („Weibliche Rechtswohlthaten“), die beanspruchte zweitinstanzliche Zuständigkeit für innerjüdische Streitigkeiten (die die bisher praktizierte Appellationsmöglichkeit an die Rabbinatsgerichte der Judengemeinden in Frankfurt am Main, Hamburg oder Berlin ersetzen sollte) und die Verminderung des zulässigen Darlehenszinssatzes auf sechs Prozent im Jahr (statt der nach einem Schutzbrief von 1569 zugesagten sechs Heller wöchentlich pro Gulden bzw. knapp 22 Prozent jährlich)⁷⁵.

Alle diese Streitpunkte aber, die im Rahmen dieses Beitrags nicht näher erörtert werden können, rankten sich um den gleichen Kern, nämlich um die von der Ju-

dengemeinde verteidigte und von der dompropsteilichen Landesherrschaft in Abrede gestellte korporative Verfassung der Fürther Judenschaft, die eine fugenlose Eingliederung in die Verfassungsverhältnisse des Hochstifts Bamberg wenig vertrug. Was auf der einen Seite als unzulässige Inanspruchnahme hoheitlicher bzw. obrigkeitlicher Rechte erschien, wurde auf der anderen (judenschaftlichen) Seite als rechtliche Absicherung der eigenständigen Existenz und der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit angesehen. Provoziert wurde die Kammergerichtsklage durch das brutale Vorgehen der Verwaltung gegenüber der Familie Ullmann, mit dem offensichtlichen Zweck, die sich neu konstituierende landeshoheitliche Gewalt im Marktflecken Fürth durch keinerlei Präjudizien in Gefahr bringen zu lassen. Alle anderen Beschwerdepunkte der Judenschaft waren demgegenüber nur Nebenpunkte, die gegenüber der vom Domstift hochstilisierten Hauptfrage des Einstandsgeldes kaum ins Gewicht fielen.

IV

Nach Klärung der Hintergründe, der Vorgeschichte und des Streitgegenstandes kann nun der eigentliche Kammergerichtsprozeß zwischen der Judengemeinde zu Fürth und der Dompropstei Bamberg angesprochen werden. Er spielte sich, wenn man das zunächst einsetzende Extrajudizialverfahren einbezieht, in der Hauptsache in den Jahren 1725 bis 1731 ab⁷⁶, wurde nach erfolglosen Vergleichsverhandlungen nochmals in den Jahren 1735 und 1736 fortgesetzt⁷⁷, um schließlich in den Jahren 1762 bis 1764 einen eher sang- und klanglosen Abschluß zu finden⁷⁸. Die Prozeßdarstellung konnte auf die fast vollständig im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München erhaltenen Kammergerichtsakten gestützt werden, die in der ortsgeschichtlichen Forschung bisher noch keine Beachtung gefunden hatten⁷⁹. Die dort in erster Linie ausgewerteten Prozeßakten der Judengemeinde Fürth, die sich heute in einem noch ungeordneten Zustand im Zentralarchiv zur Geschichte der Juden in Jerusalem befinden⁸⁰, konnten dagegen für die Zwecke dieses Beitrags nicht mehr verwertet werden. Sie dürften jedoch kaum zusätzliche Aufschlüsse geben, da die judenschaftlichen Stellungnahmen recht gut in den kammergerichtlichen Akten dokumentiert sind. Zusätzliche Informationen sind dort allenfalls noch zur internen jüdischen Meinungsbildung zu erwarten, die für die Zwecke dieses Prozeßberichtes jedoch von minderer Bedeutung sind. Wichtiger dafür waren die im Staatsarchiv Bamberg überlieferten Protokolle des Domkapitels Bamberg, die wesentliche Fingerzeige zur internen Meinungsbildung im Domstift zur Frage der hoheitlichen Gewalt über die Fürther Judenschaft enthielten. Sie sind bereits Anfang dieses Jahrhunderts von Johann Looshorn in dessen „Geschichte des Bisthums Bamberg“ recht gründlich ausge-

wertet worden⁸¹, auch wenn dieser Historiker recht ungeprüft die antijüdischen Stereotype des Domstifts übernahm und sich mehr über die angebliche Überheblichkeit der Fürther Juden als über die Brutalität der Geistlichen Verwaltung aufregte. Für ihn stand noch ganz der hoch- und domstiftische Staatsbildungsprozeß in der Frühen Neuzeit im Vordergrund, der jede Inanspruchnahme korporativer Autonomie als Fremdkörper bei der Entfaltung der hoheitlichen Gewalt betrachtete.

Zur Erleichterung des Verständnisses sollen in der folgenden Prozeßdarstellung nur die wesentlichsten Verfahrensschritte herausgehoben werden. Der vielfach zum Selbstzweck gewordene anwaltliche Schlagabtausch und die zahlreichen formalen Prozeßschritte über Termin- und Vollmachtsfragen, die Beischaffung von Zeugenaussagen und relevanten Schriftstücken sollen soweit als möglich übergangen werden. Der zuvor schon besprochene Streitgegenstand, auf den nur noch hin und wieder hingewiesen werden kann, muß jedoch stets im Auge behalten werden.

Die Klagschrift des jüdischaftlichen Anwalts Johann Justus Faber gegen das Bamberger Domkapitel wurde am 26. September 1725, ein Jahr nach den streit-auslösenden Vorgängen um die Gefangensetzung der beiden Ullmanns, beim Reichskammergericht in Wetzlar eingereicht⁸². Sie schloß die Bitte ein, gegen das Domstift ein Strafmandat zur Wahrung des sich aus dem Privileg von 1719 ergebenden Besitzstandes zu erlassen, um die täglich neu zu erwartenden Beschwerden abzustellen⁸³. Die Judengemeinde sei, so wurde argumentiert, vier Jahre lang in Quasipossession der sich aus dem Generalprivileg von 1719 ergebenden Rechte gewesen. Seit der konradinischen Disposition – gemeint ist die ab 1303 durch Burggraf Konrad von Nürnberg vollzogene Übergabe der Vogteigewalt in der Hofmark Fürth an das Hochstift Bamberg⁸⁴ – sei der Schutz der Fürther Judenschaft der Bamberger Kirche mit der Maßgabe anvertraut worden, daß diese *sowohl in corpore als auch singulatim nicht weiters graviret werden dürften*. Auch habe die Judenschaft gegenüber der Landesherrschaft nunmehr *alle Stufen des gelindesten Weges gradatim durchgangen*, also – modern gesprochen – den ihr möglichen Verwaltungsrechtsweg erschöpft. Alle in den Jahren 1723 bis 1725 erhobenen Remonstrationen gegen die das Generalprivileg von 1719 verletzende Ordnung Dompropst Marquard Wilhelms v. Schönborn vom 9. August 1723 seien erfolglos geblieben, hätten das Domstift vielmehr nur zu noch schärferen Belastungen der Judenschaft ermuntert. Wegen der jetzt drohenden Gefahr (*ob imminens in mora periculum*) habe man sich nunmehr an das höchste Reichsgericht wenden müssen, zumal durch Rechtsdokumente ausreichend nachgewiesen worden sei, daß die den Juden zustehende Gerechtigkeit

verzögert und verweigert worden sei (*iustitiam protactam vel denegatam esse*). Das Reichskammergericht reagierte auf diesen Antrag keineswegs durch den Erlaß eines Mandats, wie man es hätte erwarten können⁸⁵. Vielmehr forderte es im Oktober dieses Jahres zunächst einmal in gleichlautenden Schreiben Berichte des Bamberger Dompropstes und des Domstifts ein⁸⁶. In einer Ende 1725 einberufenen Sitzung des Bamberger Domkapitels wurde daraufhin die Anfertigung des erbetenen Berichts beraten, durch den die Rechtspositionen des Stifts erstmals genauer abgesteckt wurden⁸⁷. Der Wortlaut des Berichts hat sich in den Kammergerichtsakten zwar nicht erhalten; doch kann er weitgehend aus dem im Mai 1726 beim Gericht eingegangenen Gegenbericht der Judenschaft rekonstruiert werden, da in diesem die domstiftischen Rechtspositionen fast durchweg wörtlich wiedergegeben wurden⁸⁸.

Ein Hauptvorwurf, der von Bambergischer Seite der Judenschaft in Fürth gemacht wurde, bestand darin, daß diese das *beneficium primae instantiae* des Dompropstes übergangen habe, sich also an das Reichskammergericht gewandt habe, ohne die rechtliche Entscheidung des Domstifts abzuwarten. Diesem Vorwurf begegnete der judenschaftliche Anwalt damit, daß man sowohl die Kompetenz des Dompropstes als auch die zweite Instanz des Bischofs von Bamberg als dem obersten Richter in Fürth anerkannt habe. Der Kurfürst von Mainz – es war dies in dieser Zeit Lothar Franz von Schönborn, der Onkel des Dompropstes –, der zugleich Fürstbischof von Bamberg war, sei schon im Februar 1725 von der Judenschaft angeschrieben worden. Doch habe dieser nicht geantwortet. Man könne aber nicht *in Ewigkeit* auf eine Antwort warten. Außerdem, so wurde zusätzlich geltend gemacht, könne niemand in seinen eigenen Angelegenheiten *reus und iudex zugleich* sein. Gegen die ungerechtfertigte Ordnung von 1723, die der Mainzer Kurfürst selbst zu verantworten habe, müsse deshalb eine Klage beim Reichskammergericht möglich sein.

Die inhaltliche Auseinandersetzung in Bericht und Gegenbericht wurde bereits angesprochen. Soweit der in vorliegendem Beitrag interessierende Streitgegenstand, nämlich das als Pauschalsumme vereinbarte Schutzgeld und das vertragswidrig eingeführte Einstandsgeld, betroffen waren, stellte der Bericht darauf ab, daß die ins Ermessen des Landesherrn gestellte Besteuerung Ausfluß der Hohen Obrigkeit sei und hier auch *zur Errichtung guter Policey* notwendig gewesen war. Der Gegenbericht Fabers, der den kontraktmäßigen Rechtsgrund der Schutzgeldleistungen in den Vordergrund stellte, argumentierte zusätzlich damit, daß er angesichts der Kleinräumigkeit des Marktfleckens und der Hofmark Fürth, in dem jedes dritte Haus einer anderen Herrschaft angehöre und damit eine unübersichtliche Mehrherrigkeit bestehe, die Möglichkeit einer staatsmäßigen

Ordnung in Frage stellte. Es sei verwunderlich, daß das Domstift den Marktflecken *für eine große Republice aufgeben und solche reflexiones politicas, als man kaum über eine große Republique machen könnte, niederschreiben würde*. Insgesamt werde durch die Argumentation des Domstifts *eine Mücke zu einem Elephanten*, und es werde *aus einem ängstlichen Seuffzer eines beträngten Unterthans ein düsteres Mordgeschrey von einem tobenden Feind gemacht*. Was aber 1719 gleichsam privatrechtlich vereinbart worden sei, und zwar mit der ausdrücklichen Zusicherung des Dompropstes, *außer dem accordirten Schutzgeld die Fürther Juden aller andern Anlage zu überheben*, könne jetzt nicht durch eine willkürliche zusätzliche Abgabe wieder aufgehoben werden. Es obliege vielmehr dem Domkapitel Bamberg, *nach den göttlichen und weltlichen Rechten, selbige* (gemeint sind die Vereinbarungen von 1719) *als aufrichtig geschloßne Pacta und Einwilligungen unverbrüchlich zu halten, da selbige absonderlich weder dem Publico noch auch deren* (der Dompropstei) *obrigkeitlichen Authoritaet, auch nicht einmal in dem mindesten praepjudicirlich oder verkleinerlich* (seien). Was also seinen Rechtsgrund in einer (privatrechtlichen) Vereinbarung habe, könne schon deshalb nicht die Ausübung der – an sich nicht in Frage gestellten – hoheitlichen Gewalt tangieren, unabhängig davon, daß ein einheitliches, polizeimäßig verwaltetes Staatswesen (*Republique*) gar nicht existiere.

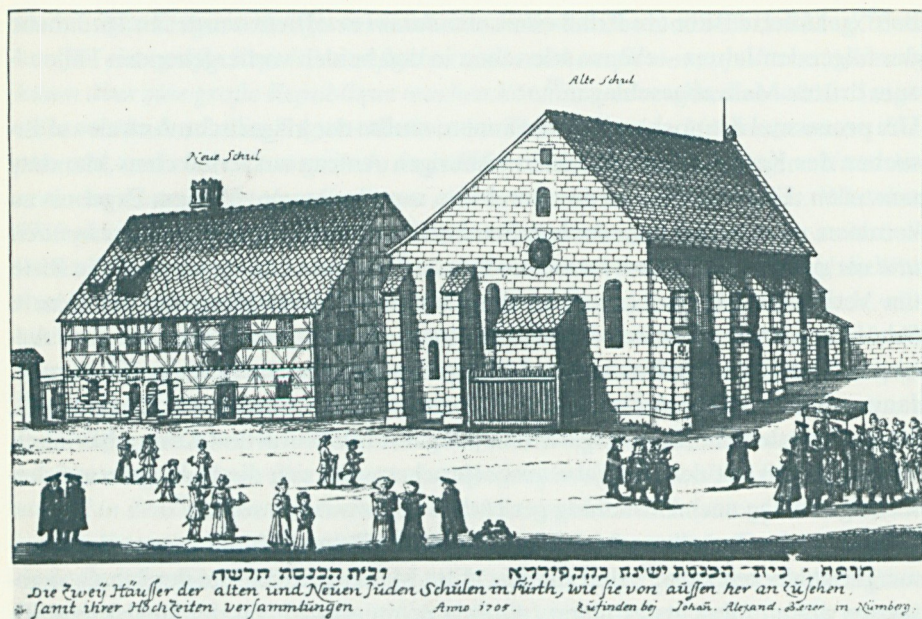
Die erneut geäußerte Bitte um Erlaß eines Mandats wurde der Fürther Judenschaft jedoch mit Dekret vom 16. Mai 1726 wiederum abgeschlagen, und zwar mit der Maßgabe, daß vor weiterer Entscheidung der Bischof von Bamberg um Abhilfe angegangen werden solle⁸⁹. Doch auch jetzt wiederholte sich die schon bekannte Prozedur: Der klägerische Anwalt Faber konnte in einer genau ein Jahr später beim Reichskammergericht eingegangenen Remonstration⁹⁰ nachweisen, daß trotz einer erneuten Supplik bei Erzbischof Lothar Franz von Mainz als dem Bischof von Bamberg⁹¹ keine Abhilfe geleistet, vielmehr sogar die Annahme der Bittschrift verweigert worden sei. Bei so *offenbahrer Hilfloßlassung bei dem (...) Hofgericht zu Bamberg* aber, wie sich Faber ausdrückte, sei die Judenschaft gezwungen, die Bitte um den Erlaß eines Kammergerichtsmandats zu wiederholen. Doch auch jetzt gab das Reichskammergericht diesem Antrag nicht statt: Mit Dekret vom 26. August 1727⁹² wurde statt dessen der Kurfürst von Mainz in besonderen *Promotoriales* aufgefordert, gegen die weiter drohenden Beschwerden der Judenschaft Abhilfe zu schaffen und binnen zweier Monate darüber Bericht zu erstatten.

Das Ergebnis war, daß alles beim alten blieb: Im Dezember 1727 mußte Faber dem Kammergericht in Wetzlar anzeigen, daß keine der vorgebrachten Gravamina abgestellt worden seien⁹³. Die dementsprechend in einem gesonderten Schrei-

ben⁹⁴ geäußerte Bitte um Erlaß eines *mandatum ex officio* wurde am 16. Januar des folgenden Jahres – ebenso wie schon in den beiden vorhergehenden Fällen – zum dritten Male abgeschlagen⁹⁵.

Um prozessual dennoch weiterzukommen, mußte der klägerische Anwalt auf Ersuchen des Kammergerichts seinen bisherigen Antrag auf Erlaß eines Mandats umstellen. Faber gab später an, man habe, um überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen, *an mehr höchstgedachtes Reichstribunal sich allerunterthänigst wenden und ein geändertes Petitum formieren müssen*⁹⁶. Dieses lautete jetzt auf die Bitte um Verkündung einer Ladung an den Dompropst Graf Marquard Wilhelm v. Schönborn sowie an dessen Fürther Amtmann Hauck, verbunden mit dem Antrag auf Erlaß von Inhibitionen und Kompulsorialien an die Beklagten⁹⁷. Am 24. Januar 1728 endlich, nach dem kurz zuvor gestellten förmlichen Klagantrag⁹⁸, wurde die erbetene Kammergerichtsladung mit Inhibition und Kompulsorialien antragsgemäß mit der Maßgabe ausgesprochen, daß sich die Beklagten auf den sechzigsten Tag nach Zustellung gerichtlich verantworten sollten⁹⁹.

Daß es bei der Zustellung der Ladung im März 1728 zu Behinderungen des Kammergerichtsboten kam¹⁰⁰, daß auf den Mitte Mai und Mitte Juni des Jahres angesetzten ersten Gerichtsterminen (Audienzen) niemand von der Beklagtenseite erschien¹⁰¹, daß Kurfürst Lothar Franz von Mainz namens des Domstifts Bamberg überhaupt erst Ende Juni einen Prokurator (Lic. iur. Wilhelm Heeser) mit der Vertretung seiner Interessen am Gericht betraute¹⁰², mag hier nur am Rande erwähnt werden, um die weiterhin wenig kooperative Haltung der Beklagten zu beleuchten. Jedenfalls kam jetzt endlich, fünf Jahre nach dem Erlaß der angegriffenen Bamberger Ordnung Marquard Wilhelms v. Schönborn, nahezu vier Jahre nach den Vorfällen um Vater und Sohn Ullmann und nach einem schon fast drei Jahre währenden Extrajudicialverfahren, ein ordentliches Kammergerichtverfahren zustande. Zur Reaktion und sachlich-inhaltlichen Einlassung auf die mit der Klage vorgetragenen Vorwürfe konnte die dompropsteiliche Verwaltung nur durch ein Urteil vom 23. Juni 1728 gezwungen werden¹⁰³, durch das der kaiserliche Fiskalprokurator auf den Plan gerufen wurde. Hiernach wurde erkannt, daß, *nachdem das gebetene Ruffen gegen die Citirt- aber nicht Erschienenen erfolglos geblieben war, wegen der in Executo angegebener Ungebühr der Kayserliche Fiscal seines Amts erinnert werden sollte*. Auf dem folgenden Termin vom 12. Juli wurde denn auch wegen *ohngeziemende(r) harte(r) Bedrohungen* des Kammerboten nach Maßgabe des Jüngsten Reichsabschieds von 1654 die Festsetzung einer namhaften Strafe durch den Fiskal beantragt¹⁰⁴. Zur Ausführung und zum Tätigwerden des Fiskalprokurators kam es jedoch nicht mehr, da sich jetzt, mit einer am 27. August 1728 beim Kammergericht eingereichten Remonstration, der



Die alte und die neue Synagoge in Fürth.
Kupferstich von Johann Alexander Baener, 1705
Fürth, Stadtarchiv B 13

Beklagtenanwalt Wilhelm Heeser erstmals für die Dompropstei Bamberg zu Wort meldete¹⁰⁵.

Heeser trug vor, daß das bambergische Hofgericht die Rechtsstreitigkeiten keineswegs verzögert habe. Vielmehr sei die Sache dort gründlich erforscht worden. Sie gehöre eben deshalb nicht vor das kaiserliche Kammergericht, sondern nur für das subordinirte Gericht. Auf die erneuten Proteste des klägerischen Anwalts¹⁰⁶ ergänzte Heeser in einer weiteren Stellungnahme vom März 1729¹⁰⁷, daß das Hofgericht Bamberg nicht regelmäßig zu Sitzungen zusammenkomme, vielmehr *nur zu gewissen Zeiten gehalten zu werden pflege*. Der *geringe Verzug* des Streitfalles rechtfertige aber nicht, diesen vor das Kammergericht zu ziehen; dieses solle sich vielmehr des Rechtshandels entheben. Faber wies in seiner Entgegnung vom 27. April des Jahres¹⁰⁸ Heesers Darstellung zurück und nahm zugleich erneut in ausführlicher Weise zum Hauptstreitpunkt Stellung. Es sei nämlich im Generalprivileg von 1719, wie er wörtlich erklärte, *stipuliert worden, daß eine sämtliche Judenschaft ü b e r ihr accordirtes Schutzgeld am geringsten nicht beschwehret oder ihnen mehrers auferlegt werden soll*. Trotz des inzwischen anhängigen Rechtsstreits aber werde die Judenschaft weiter bedrängt, ja sogar in die Dompropstei nach Bamberg vorgeladen, obwohl diese nach über hundertjähriger Observanz dort nicht erscheinen müsse.

Inzwischen jedoch war der Rechtsstreit in eine neue Phase getreten, die offensichtlich mit dem Ableben des Mainzer Kurfürsten Lothar Franz von Schönborn Ende Januar 1729 zusammenhängt¹⁰⁹. Der neue Bamberger und zugleich Würzburger Bischof Graf Friedrich Karl von Schönborn¹¹⁰, älterer Bruder des noch amtierenden Bamberger Dompropstes, war bereits seit 1705 Reichsvizekanzler und danach enger Vertrauter des regierenden Kaisers Karl VI.. Seine selbstbewußte Haltung ließ er schon darin erkennen, daß er – in Übereinstimmung mit dem katholischen Kirchenrecht, aber unter Mißachtung einer längst eingeführten Praxis¹¹¹ – die Unterzeichnung der ihm präsentierten Wahlkapitulation verweigerte¹¹², was einer ersten Disziplinierungsmaßnahme gegenüber dem Domstift gleichkam¹¹³. Wir können vermuten, daß er von nun an die Politik der Dompropstei gegenüber der Fürther Judenschaft maßgebend bestimmte, die er ganz seinem dem Ausbau eines absolutistischen Landesfürstentums gewidmeten Staatszweck unterordnete.

War man bisher auf der Beklagtenseite dem klägerischen Begehren eher ausgewichen, hatte man die zahlreichen Eingaben der Judenschaft, wenn überhaupt, so nur sehr zögernd behandelt, so ging man jetzt plötzlich innerhalb des Domstifts Bamberg in die Offensive. Eine im März 1729 in einer Sitzung des Domkapitels vorgelegte Proposition des Dompropstes kündigte die neue Haltung an¹¹⁴. Als ju-

ristische Handhabe zur endgültigen Aufhebung der privilegialen Vorrechte der Fürther Judengemeinde diene die vereinbarte Befristung der Schutzgeldpauschale nach dem Privileg von 1719 auf zehn Jahre. Auf Beschluß des Domstifts¹¹⁵ wurden drei Vertreter der Fürther Judengemeinde, Wolf Gabriel, Hirsch Fromm und Zacharias Kuhn, vorgeladen, denen die Kündigung des diesbezüglichen § 2 des Generalprivilegs mitgeteilt wurde. Statt der Schutzgeldpauschale von 2.500 Gulden jährlich werde künftig von jedem einzelnen Schutzjuden in Fürth ein Betrag von zehn Gulden pro Jahr eingefordert, wie dies auch sonst im Hochstift Bamberg üblich sei.

Aufschlußreich ist die Begründung für diese Maßnahme, die Dompropst Marquard Wilhelm in einer nicht öffentlichen Sitzung des Bamberger Domkapitels in Gegenwart der Kapitulare abgab¹¹⁶. Es sei ihm nämlich zu Ohren gekommen, *das dieses listige Volck endtlichen die ihnen zuvor abgegangene, erwünschte Gelegenheit gefunden (habe), unter der Handt eine Citationem et totius Causae Avocationem am Archidicasterio Camerali respectu der des vorgegangenen ohnwissenden Domb-Propstey Sub- et Obreptitie herauszubringen*. Aus dieser unberechtigten Ladung könne man ersehen, *das die halsstarrig-verstockthe, hochtrabende Judenschafft alle angelobte Treu und Pflichten ausser Acht setze, sich gegen herrschaftliche Verordnungen uff eine dem gantzen Ambt Fürth höchst ärgerliche (Gott verhüte, das noch weither nachtheilige) Arth auffrührig empöhre, ihre mit denen nunmehr verloffenen 10 Jahren dahienfällige Privilegia nicht nur zu verewigen, sondern sträfflich zu mißbrauchen suche, sich aller Unterwerffung zu entschütten, hingegen aber die Selbstregierung anzumassen trachten, wie solches mit der von ihr, (der) Judenschafft, ohnlängst in hebräischer Sprach in Truckh gegebener Policey-Ordnung¹¹⁷ und darinnen sich selbst zugelegten Praedicaten, dann auch verschiedenen täglichen Ambtseingriffen, sonderheitlich aber mit deme, das sie sich des vom Kayser Maximiliano Secundo meinen hochlöblichen Vorfahren allergnädigst ertheilten und von höchsten Nachfolgern am Reich bestätigten Regalibus¹¹⁸ anmassen, andere, ihres Unglaubens Genossene, in Schutz aufzunehmen, welches doch nirgendswu erhöhret (und noch viel) weniger gestattet wird, und sich schon so viel Authorität vermessenlich beygeleget, das sie sogar in anderen in frembd- und weith entlegenen Orthen dermahlen noch angesessenen Juden den Schutz aus Aigenmacht mit dem Bedingnus ertheilen, das diese und deren Kindter auff bedürffenden Fall oder nach Belieben sich dessen zu Fürth jederzeit zu erfreuen haben möchten*. Auf Ansuchen der Abgeordneten der Fürther Christengemeinde schlage er, der Dompropst, deshalb dem Domkapitel vor, *denen Juden die Hochzeiten künftig auf eine nach Proportion des Abgangs jährliche Zahl zu mässigen, damit dadurch deren denen Christen verderbliche Überhäuf-*

fung abgeschnitten werden mögte.

Die Klage über die Beeinträchtigung der landesobrigkeitlichen Gewalt des Domstifts durch aufrührerische Untertanen, die hier noch durch den angeblich eigenmächtigen Erlaß von Polizeiverordnungen durch diese untermauert wurde, ist an sich nichts Ungewöhnliches und war häufiger Gegenstand von Untertanenprozessen am Reichskammergericht¹¹⁹. Ebenso wenig gibt die Tatsache, daß sich ein Landesherr über den Mißbrauch von zeitlich begrenzten Privilegien durch einen Teil seiner Untertanen beschwert fühlt, Anlaß dazu, über Despotie und überzogene Herrschaftsansprüche des absolutistischen Landesherrn nachzudenken. Beide Vorwürfe, der des Aufruhrs und der des Privilegienmißbrauchs, zählten zum gängigen Vokabular eines jeden Territorialfürsten, wenn er tatsächliche oder vermeintliche Angriffe auf seine landesobrigkeitliche Gewalt mit rechtlichen Argumenten abwehren und eine Disziplinierung seiner Untertanenschaft erreichen wollte¹²⁰.

Die hier zitierte Stellungnahme geht jedoch in der Charakterisierung einer bestimmten Gruppe von Untertanen über das für christliche Untertanen Übliche weit hinaus. Es ist die Rede von einem „listigen Volk“, das halsstarrig, verstockt und hochtrabend sei und zum Nachteil der Obrigkeit weitere Ungläubige eigenmächtig in Schutz nehme. Als Disziplinierungsmittel wird eine quantitative Beschränkung der Geburtenzahl empfohlen, um eine angeblich verderbliche Übersetzung gegenüber der christlichen Bevölkerung zu verhindern.

Was in den Prozeßakten normalerweise nicht sichtbar wird, auch ausweislich der eingangs zitierten¹²¹ „positivistischen“ Maxime in Gerichts- und Anwaltsschriften nicht zum Ausdruck gebracht werden durfte und durch eine Argumentation von der causa her ersetzt werden sollte, bricht hier, in einer sozusagen für den internen Verwaltungsgebrauch abgegebenen Äußerung, plötzlich durch: ein zwar zeittypisches, deshalb aber nicht weniger antijüdisches Vorurteil, das sich wie selbstverständlich antijüdischer Stereotype zur Beurteilung des Verhaltens einer ganzen Volksgruppe bedient¹²². Der Judenschaft wurde ohne Umschweife List und Verschlagenheit, Halsstarrigkeit¹²³, Verstocktheit und Hochmut¹²⁴ unterstellt, als gehöre auch diese Charakterisierung zum gängigen Argumentationspotential der christlichen Umwelt, wenn Verhaltensweisen der Juden erklärt werden sollten.

Die Vorgehensweise der Bamberger Regierung, die nach den erwähnten Kapitelberatungen seither die konkreten Maßnahmen des dompropsteilichen Amts in Fürth bestimmte, stieß verständlicherweise auf den energischen Protest der dortigen Judenschaft. In einer erneuten Eingabe an das Kammergericht im September dieses Jahres warf sie der Bamberger Regierung Vertragsbruch vor¹²⁵. Leider

sei es offenbahr, das man sich dieß Orts zu dato noch keiner gnädigst gewierigen Resolution zu gaudiren gehabt, dahingegen (sei es) gleichermaßen notorisch und in und um Francken und in dem Nordgau-Land ja reichskundig (...), wassmassen hochgedachter Herr Gegenheil (der Dompropst) noch täglich neue und jedesmahl empfindlichere Attentata und Turbationes wider die Imploranten (...) zuschulden komme lasse. Durch die Vorgehensweise des Domstifts seien die Privilegien der Judenschaft auf einmahl destruiert und zu Boden gestürzt worden. Die Klägerin sei damit um ihre maxime legalem possessionem vel quasi auf einmahl gebracht worden. Es sei nunmehr zu befürchten, daß sie durch ihres Herrn Gegners unumschränckte Willkühr zu ihrem gänzlichen Untergang gebracht werden solle. Da aber die Vertragsaukündigung angesichts einer reichskundigen Litispendenz ein ganz illegales Verfahren sei und höchste Gefahr bei weiterer Verzögerung der Streitsache bestehe (*ob summam in mora ulteriori periculum*), wurde um Verkündung einer verschärften Inhibition an die Beklagten nebst erneuter Ladung und von weiteren Kompulsorialien gebeten. Die Rechtshängigkeit des Streits am kaiserlichen Kammergericht erfordere eine Wiedereinsetzung der Klägerin in den vorherigen Stand, in diesem Fall besonders die Bestätigung der mit Privileg von 1719 gewährten Schutzgeldpauschale.

Antragsgemäß wurde deshalb, wenn auch erst neun Monate später, mit Urkunde vom 23. Juni 1730 ein weiteres Inhibitionsmandat ausgesprochen, und zwar als *arctior inhibitiō cum citatione ad videndum se incidisse in poenam simplici insertam, nec non ultiores compulsoriales*¹²⁶. Gerichtet waren Inhibition und Ladung an den Dompropst und dessen Amtmann in Fürth; sie gingen aber nicht näher auf das klägerische Vorbringen ein, sondern umschrieben dieses nur in allgemeinen Worten. Die Beklagten sollten von allen fernerer innovationibus, turbationibus et offensionibus gänzlich abstehen¹²⁷. Zugleich allerdings wurde das Begehren des Beklagtenanwalts Heeser wegen Remission dieser Sache zue ersterer Instanz abgewiesen.

Damit aber war der Kammergerichtsprozeß offenbar an einem toten Punkt angelangt. Die beklagte Dompropstei mußte die Zuständigkeit des Kammergerichts anerkennen und gab schließlich auch die angeforderte Paritionserklärung¹²⁸ ab. Hierzu war sie zur Verhinderung von Säumnisfolgen verpflichtet, soweit sie nicht innerhalb einer zweimonatigen Frist seit Insinuation der Ladung eine Exzeptionsschrift einreichen konnte¹²⁹. Die klagende Judenschaft aber hatte in diesem Stadium des Verfahrens nicht mehr erreicht, als daß das Domstift Bamberg bereit war, die Streitigkeit über die Wirkungen des Generalprivilegs von 1719 und der Ordnung von 1723 vor dem Kammergericht anstatt vor dem hochstiftischen Hofgericht in Bamberg auszutragen. Zu dieser Neuorientierung der Beklagten-

seite hat sicher auch die Orientierung des neuen Bamberger Fürstbischofs als Reichsvizekanzler auf das Reich hin beigetragen. Von ihrer Rechtsauffassung zur inhaltlichen Reichweite der Fürther Privilegien mußte die Dompropstei damit noch in keiner Weise abrücken.

Der Versuch der Fürther Judenschaft, die teilweise Kündigung des Privilegs von 1719 durch eine spezifizierte Inhibitionserklärung an den Dompropst zu suspendieren, war de facto gescheitert. Beide Streitparteien mußten sich nun unter Außerachtlassung der fortdauernden Beschwerden der Judenschaft von Grund auf neu über die rechtliche Zulässigkeit von Einzelschutzgeldern und Einstandsleistungen für die Juden des Marktfleckens Fürth auseinandersetzen. Unter diesen Umständen hielten es beide Teile für geraten, erst einmal eine vergleichsweise Einigung zu versuchen. Nach einigem Hin und Her ließ Dompropst Marquard Wilhelm von Schönborn in einer Erklärung vom März 1731¹³⁰ gegenüber seinem Prokurator Wilhelm Heeser erstmals eine Bereitschaft dazu erkennen. Er empfahl ihm danach, *mit besagter Judenschaft eine amicabilem compositionem und (einen) Vergleich zu fertigen*. Das Domkapitel werde sich, wie er versicherte, zu einem entsprechenden Entwurf positiv verhalten.

Ob eine Einigung erzielt werden konnte, ist unklar, da eine förmliche Vergleichsurkunde, die den Prozeß hätte abschließen können, nicht ausgefertigt wurde und sich auch als Entwurf in den Akten nicht erhalten hatte. Jedenfalls ruhte das Verfahren zunächst einige Jahre – aus Gründen, die sich nicht mehr rekonstruieren lassen – und wurde dann erst wieder 1735 aufgenommen¹³¹. Die erneute Betreibung des Prozesses durch die Judenschaft geschah aber offensichtlich nur zu dem Zweck, die zögerliche Behandlung der Vergleichsangelegenheit durch das dompropsteiliche Amt Fürth voranzubringen. Der neue klägerische Anwalt Johann Jakob Zwierlein¹³² verlangte deshalb vom Kammergericht auch nicht die Ausstellung eines Mandats oder einer Inhibition, sondern die Anweisung an die Beklagtenseite, *iudicialiter anzuzeigen*, ob sie weiterhin an einem gütlichen *Accommodement* interessiert sei¹³³. Das erbetene kammergerichtliche Dekret wurde jedoch niemals erlassen, und es blieb bei der beiderseitigen, wiederholt geäußerten Drohung, notfalls das Rechtsverfahren wieder aufnehmen zu wollen, falls sich die jeweilige Gegenseite einem Vergleichsschluß sperre¹³⁴.

In den Jahren 1762 bis 1764 hatte der Prozeß in Wetzlar, der nach wie vor nicht offiziell abgeschlossen war, ein Nachspiel. Der immer noch lebende Bamberger Dompropst Marquard Wilhelm v. Schönborn¹³⁵ wollte offensichtlich erreichen, daß seine landeshoheitlichen Ansprüche gegenüber den Fürther Juden rechtlich festgeschrieben und nicht nur vergleichsweise anerkannt wurden. Zu diesem Zweck präsentierte er durch seinen neuen Anwalt Johann Adam Bissing dem

Kammergericht eine umfängliche, 358 Seiten umfassende Deduktion¹³⁶, die den klägerischen Anwalt einigermaßen in Verzweiflung brachte. Der Streit der beiden folgenden Jahre erstreckte sich ausschließlich auf die Frage, ob und gegebenenfalls in welcher Frist dieser auf jene *voluminense Schrift*, wie man sich ausdrückte,¹³⁷ zu antworten verpflichtet sei¹³⁸. Zu einer inhaltlichen Erörterung der Streitsache kam es nicht mehr, und so ist es zu erklären, daß das bei Gericht eingereichte Exemplar der besagten Deduktionsschrift noch heute ungeöffnet und versiegelt bei den Kammergerichtsakten liegt.

Letztlich aber mußte sich die Judenschaft in Fürth mit den eingeforderten Schutzgeld- und Einstandsgeldern abfinden. Die historische Entwicklung lief alenthalben im 18. Jahrhundert auf eine allmähliche Zurückdrängung der korporativen Gemeinderechte für die Juden auf der einen Seite¹³⁹ und auf eine Zentralisierung und Bürokratisierung der hoheitlichen Tätigkeit im Rahmen der Landesherrschaften auf der anderen Seite hinaus. So kann angenommen werden, daß die Fürther Juden die zur Finanzierung erweiterter Staatsausgaben benötigten Steuern lieber bezahlten, als die Aufsaugung ihres Schutzverhältnisses zu riskieren.

Die Folgejahre bis zum Ende des Jahrhunderts haben gezeigt, daß die ökonomische Expansion der zahlenmäßig weiter anwachsenden Judengemeinde in Fürth dennoch zunahm und von bürokratischen Restriktionen offensichtlich nicht aufgehalten werden konnte. Wie kapitalkräftig die jüdische Gemeinde in den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts eingeschätzt wurde, läßt die im Rahmen des Siebenjährigen Krieges von den preußischen Truppen eingeforderte Kontribution erkennen: Während die christliche Gemeinde einen Betrag von 16.000 Gulden abzuliefern hatte, wurde die jüdische Gemeinde im gleichen Jahr (1762) zu einer Kontributionssumme von 20.000 Gulden herangezogen¹⁴⁰. Daß die Juden Fürths dem dompropsteilichen Druck nicht erlagen, lag gewiß auch daran, daß sie mit ihrem Gemeindeparnuß Moses Ullmann in eben dieser Zeit einen Hoffaktor sowie mit Meier Berlin und Löw Kohn zwei Hofmünzlieferanten am markgräflisch-ansbachischen Hof hatten¹⁴¹, die die Interessen ihrer Gemeinde bei Eingriffen des Domstifts Bamberg zu wahren wußten. Die fortbestehende Rechtsunsicherheit, die durch den Kammergerichtsprozeß nicht hatte ausgeräumt werden können, wurde erst durch die 1792 einsetzende brandenburg-preußische Herrschaft beendet, die deshalb von der Fürther Judengemeinde mit neuen Hoffnungen und durch eine eigenständige Ausarbeitung von Reformvorschlägen begrüßt wurde¹⁴².



Abbildung der Juden und ihrer Weiber Trachten. in Fürdt. 1706. No 5.

Jüdische Trachten in Fürth.

„Abbildung der Juden und ihrer Weiber Trachten in Fürdt“.

Kupferstich von Johann Alexander Baener, 1706

Nürnberg, Germanisches Nationalmuseum, Graphische Sammlung Hb 25209

V

Die vorstehend zusammengestellten Informationen zum Kammergerichtsprozeß zwischen der Dompropstei Bamberg und der Fürther Judengemeinde konnten notgedrungen nur die wichtigsten Stationen charakterisieren. Die mitgeteilten Daten reichen jedoch aus, um eine Antwort auf die Frage nach der Stellung der Juden im kammergerichtlichen Verfahren zu geben, die mit der eingangs zitierten kammergerichtlichen Stellungnahme von 1564 aufgeworfen wurde.

Es fällt zunächst eine außerordentlich große Zurückhaltung des Kammergerichts bei allen Anträgen der Juden um Erlaß von Mandaten auf. Diese Zurückhaltung war freilich rechtlich gedeckt. Nach § 105 des Jüngsten Reichsabschieds von 1654¹⁴³ sollte der Kammerrichter *insonderheit den Unterthanen und Bürgern wider ihre Obrigkeiten die Proceß nicht leichtlich erkennen, sondern vorherho um Bericht schreiben*. Dieses sog. „Schreiben um Bericht“ entsprach tatsächlich gängiger Praxis, sollte die Obrigkeit vor vorschnellen Klagen schützen, bot aber letztlich auch den Klägern Gelegenheit, sich in einem Gegenbericht mit einer spezifizierten Sachverhaltsdarstellung der betroffenen Obrigkeit auseinanderzusetzen¹⁴⁴. Eine weitere Berichterstattung wurde freilich normalerweise vom Gericht nicht eingeholt, und es wurde entweder antragsgemäß auf Zitation oder Mandatsverkündung erkannt oder aber der klägerische Antrag abgewiesen¹⁴⁵. Es besteht somit der Verdacht, daß das Kammergericht im vorliegenden Prozeß Bedenken hatte, dem Antrag der Judenschaft gegen eine so prominente Obrigkeit zu entsprechen, diesen aber aus rechtlichen Gründen nicht abweisen konnte. So blieb nur der Weg, mäßigend durch Berichtsanforderung auf die Dompropstei und das Hochstift einzuwirken.

Es fällt weiter auf, daß auch dem schließlich ein drittes Mal gestellten Antrag der Fürther Juden auf Erlaß eines Mandats nicht stattgegeben wurde, obwohl durch eine große Anzahl von notariellen Erklärungen der stets wiederholte und weiter drohende Verstoß gegen das Generalprivileg von 1719 durch die Einhebung der Einstandsgelder nachgewiesen wurde. Ob das Verhalten der dompropsteilichen Amtsverwaltung offenkundig rechtswidrig war und damit den Erlaß eines Mandats rechtfertigt hätte¹⁴⁶, hätte das Kammergericht schon beim erstmaligen Antrag des klägerischen Anwalts erkennen können. Vermutlich hielt es die Voraussetzungen dazu auch für gegeben, wollte aber erst die Stellungnahme des Domstifts abwarten. Über die Gründe der Ablehnung des Mandats Anfang 1728 ist nichts bekannt. Die Reaktion des klägerischen Anwalts Faber läßt jedoch den Schluß zu, daß man sich zur Ablehnung entschloß, nachdem dieser sich auf Druck des Gerichts dazu bereit erklärte, seinen Antrag auf Zitation und Inhibition der Beklagten umzustellen.

Schließlich fällt auf, daß das Gericht trotz eindeutiger Rechtshängigkeit der Sache weitere Eingriffe der Beklagtenseite in die streitbefangenen Rechtspositionen hinnahm, ohne der dringenden Bitte des klägerischen Anwalts auf ein spezialisiertes Inhibitionsschreiben und eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nachzukommen. Durch die in allgemeinen Worten erklärte Inhibition an die Beklagten konnte nur eine Paritionserklärung erreicht werden, nicht aber eine Rücknahme der das Generalprivileg von 1719 beeinträchtigenden Maßnahmen der domstiftischen Verwaltung. Angesichts der bald darauf einsetzenden Vergleichsverhandlungen zwischen den Prozeßparteien sah das Gericht vermutlich von weitergehenden rechtlichen Schritten ab.

Fortschritte machte das nach Ladung und Inhibition in Gang kommende Kammergerichtsverfahren erst in dem Moment, als die Beklagtenseite durch Säumigkeit bei der Wahrung der Termine und durch eine Verhöhnung der Kammerboten, schließlich auch, worauf in diesem Beitrag nicht eingegangen werden konnte, durch eine Mißhandlung eines öffentlichen Notars die Autorität des Gerichts und von Amtspersonen in Frage stellte. Jetzt erst wurde der Reichsfiskal eingeschaltet und die Dompropstei dazu veranlaßt, sich wenigstens im Verfahren zur Sache einzulassen. Die damit endlich erreichte Kompetenz des Gerichts, in dieser Streitsache zur Sache entscheiden zu können, hat möglicherweise entscheidend zur Entkrampfung der Situation beigetragen. Jetzt erst wurden die angesprochenen Vergleichsverhandlungen auf formal gleichberechtigter Basis der Prozeßparteien möglich und gerichtlich kontrolliert.

Insofern hat das Gericht jetzt immerhin einen Beitrag zur Versachlichung und Ent-Emotionalisierung eines Verfassungsstreits geleistet, in dem durch die Ullmann'sche Gefangenschaft und die einseitige Kündigung des Generalprivilegs von 1719 ein erhebliches Potential an Bitterkeit und Emotionalität entstanden war. Dennoch sei aber auch diesbezüglich angemerkt: Nicht die stets mit Zurückhaltung aufgenommenen Klagen und Anträge der Fürther Judenschaft hatten diese an sich erfreuliche Lage herbeigeführt, sondern das Bewußtwerden von Autoritätsverletzungen gegenüber dem gerichtlichen und sonstigen Amtspersonal, die man nicht ungeahndet stehenlassen wollte. Erst als das Verhalten der Beklagtenseite gleichsam strafrechtliche Relevanz bekam, setzte das Kammergericht die ihm zur Verfügung stehenden Zwangsmechanismen zum Schutz des Gerichts (und nicht der Judenschaft) in Gang.

Ob nun die Juden als Kläger vor dem Reichskammergericht im 18. Jahrhundert tatsächlich gegenüber den christlichen Prozeßparteien benachteiligt wurden, läßt sich anhand des hier vorgestellten Einzelprozesses natürlich nur schwer allgemein nachweisen. Immerhin wurde durch die Anwaltpflicht auch bei Beteili-

gung von Juden stets eine versachlichte Auseinandersetzung mit juristischen Argumentationstechniken geführt, durch die die Religions- und Gruppenzugehörigkeit der Parteien, die mit den Richtern persönlich gar nicht in Kontakt traten, gänzlich in den Hintergrund treten konnte. Dies entsprach ganz der 1564 am Kammergericht geforderten Trennung von Person und Sache. Es ist also möglich, daß das Kammergericht den Prozeß der Judengemeinde in Fürth nur als einen „normalen“ Untertanenprozeß ansah, in dem ausnahmsweise die Bauernschaft durch die Judenschaft ausgewechselt war. Die beiderseitigen Anwälte enthielten sich in ihrem juristischen Schlagabtausch vor Gericht jeder antijüdischen Anspielung, und auch die 1764 gemachte Äußerung des propsteilichen Anwalts, daß es sich um einen Streit handele, *wo es um das Wohl und Wehe derer Christen zu thun ist*¹⁴⁷, enthielt nicht unbedingt eine Spitze gegen die Juden, sondern war vielmehr als eine allgemeine Beurteilung des Prozesses gedacht, die auf Beklagtenseite selbstverständlich die Erfordernisse geistlicher Herrschaft in den Vordergrund rückte.

Dennoch aber kann bei Abwägung aller Details dieses Prozesses behauptet werden, daß die Anerkennung der formal gleichen Rechtsposition der Juden vor Gericht, die ja in erster Linie der Ermöglichung eines ordnungsgemäßen und objektivierbaren Prozeßverfahrens dienen sollte, für die Juden keinen ausreichenden Schutz davor bot, faktisch doch schlechter behandelt zu werden. Das von antijüdischen Stereotypen durchsetzte Vorverständnis der Richter konnte in jedem Stadium des Verfahrens wirksam werden, auch wenn dies in den streng sachlich und juristisch präzise formulierten Gerichtsakten nicht zum Ausdruck kam. Die zögerliche und teils ablehnende Haltung des Gerichts auf jüdischerseits gestellte Anträge kann dafür als Indiz gewertet werden. Auch wenn die gewiß vorhandenen und zeittypischen Aversionen der Richter gegen die Juden, die ihnen ja im alltäglichen Leben als Schutzjuden mit minderberechtigtem Status gegenübertraten¹⁴⁸, sich im Prozeßhandeln nicht konkret niederschlugen, so ist ausweislich der Akten doch ihr Widerwillen deutlich, sich mit dem 1719 anerkannten korporativen Status der Judenschaft in allen seinen Konsequenzen auseinanderzusetzen. Die autonome Gemeindeverfassung der Juden des Heiligen Römischen Reiches, die seit dem großen Privileg Kaiser Karls V. von 1544 gewissermaßen eine reichsrechtliche Legitimation erhalten hatte¹⁴⁹, war im Rahmen der auf Landesherrschaften und sonstigen reichsunmittelbaren (nichtjüdischen) Korporationen beruhenden Reichsverfassung ein Fremdkörper. Die von Karl V. noch befürwortete und Anfang des 17. Jahrhunderts nochmals forcierte¹⁵⁰ reichsunmittelbare Stellung der Judenschaft des Reiches blieb angesichts der Dominanz lokaler und territorialer Obrigkeiten eine nur schwer realisierbare Fiktion¹⁵¹. Folglich war

auch der von den beiden höchsten Reichsgerichten im Namen des Kaisers wahrzunehmende Judenschutz nur noch partiell durchzuführen. Die Richter zogen sich auf ihre erlernten und Sicherheit vermittelnden Rechtsregeln zurück. Standen berechnete oder unberechnete landesobrigkeitliche Rechtspositionen in Frage, spielten Erwägungen des kaiserlichen Judenschutzes offensichtlich keine Rolle mehr, und so konnten etwaige antijüdische Vorurteile ungehindert in Form von unkontrollierten Vorverständnissen in die Entscheidungsfindung einfließen. Im Prozeß der Fürther Judengemeinde gegen die Dompropstei Bamberg prallten korporativer Anspruch und landeshoheitliche Regelungskompetenz unvereinbar aufeinander. Daß sich das Kammergericht gegen die letztere nicht stellen konnte, den ersteren aber auch mit rechtlichen Mitteln nicht verwerfen wollte, macht den inneren Widerspruch dieses Prozesses aus. Die Beteiligung von Juden hat aber letztlich den Ausschlag dafür gegeben, daß sich die Waagschale schließlich doch zugunsten der Landesobrigkeit neigte, an deren Stabilisierung nach der Anschauung der Zeit ein größeres Interesse bestand. Der Judengemeinde in Fürth standen daneben keine rechtlichen Mittel zur Verfügung, um ihre kalkulierbare Rechtsstellung wiederzuerlangen. Daß sie ihren wirtschaftlichen Handlungsspielraum bis in die Emanzipationszeit hinein bewahren konnte, hat in erster Linie mit der fortbestehenden Fürther Doppelherrschaft des Domstifts und der Markgrafschaft zu tun, die durch geschäftliche und merkantilistisch nutzbar gemachte Beziehungen der Judengemeinde zu deren Gunsten aktiviert werden konnte.

Anmerkungen

* Eine andere Fassung des vorliegenden Vortrags wird in dem von BERNHARD DIESTELKAMP herausgegebenen Sammelband über „Die politische Funktion des Reichskammergerichts“ in der Reihe der „Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich“ erscheinen.

Frau Dr. Ingrid Scheurmann vom Institut für Reichskammergerichtsforschung in Wetzlar bin ich für die vorzügliche redaktionelle Betreuung dieses Beitrags dankbar. –

Nach Abschluß des Vortragsmanuskripts konnte noch ein Beitrag ermittelt werden, der sich ebenfalls mit dem Prozeß der Judenschaft Fürth gegen das Domkapitel Bamberg beschäftigt, der aber ausdrücklich (gem. dortiger Fußnote 46) die in München lagernden Kammergerichtsakten aus Zeitgründen nicht mehr durchsehen konnte. Der Aufsatz basiert auf einer Abschriftensammlung von Akten der Fürther Judengemeinde, die sich am Hebrew Union College (Jewish Institute of Religion) in Cincinnati (Ohio) gefunden hat, und die auch über Diapositive des Stadtarchivs Fürth zugänglich sind. Offensichtlich sind es größtenteils die gleichen Aktenstücke, die auch in den Reichskammergerichtsakten (dort als Originale) erhalten sind: WOLFGANG OPPELT, „...es sich gar nicht geziemen oder reimen wolte, daß unterthanen wider ihre vorgesetzte Obrigkeit protestirten“. Aus einem Prozeß der Fürther Judenschaft gegen den Bamberger Domprobst im 18. Jahrhundert, in: WERNER J. HEYMANN (Hg.), Kleeblatt und Davidstern. Aus 400 Jahren jüdischer Vergangenheit in Fürth, Emskirchen 1990, S. 55-75. Entgegen der Ansicht von Oppelt sind die Kammergerichtsakten zu diesem Prozeß nicht erst gerade entdeckt worden, vielmehr der rechtshistorischen Forschung schon seit langem bekannt, wenn auch von der Heimatforschung nicht ausgewertet worden. Es kann außerdem vermutet werden, daß der mit Nr. 35 beginnende Abschriftenband aus Cincinnati die gleichen Nummern (Quadrangeln) wie die Reichskammergerichtsakte trägt. Im übrigen bringt der Aufsatz Oppelts keine neuen rechtshistorischen Details, wohl aber eine anschauliche Schilderung der Einzelumstände des Prozesses. Nicht ausgewertet wurden offensichtlich die hebräischen Gemeindeprotokolle, die in Cincinnati ebenfalls abschriftlich vorhanden sind; aus ihnen könnten sich Beweggründe für die Prozeßführung ergeben, die den „offiziellen“ Akten nicht zu entnehmen sind.

- 1 S. dazu FRIEDRICH BATTENBERG, Des Kaisers Kammerknechte, Gedanken zur rechtlich-sozialen Situation der Juden in Spätmittelalter und früher Neuzeit, in: Historische Zeitschrift Bd. 245, 1987, S. 545-599; DERS., Heilbronn und des Königs Kammerknechte. Zu Judenschutz und Judennutzung in Stadt, Region und Reich, in: Kurt-Ulrich Jäschke/Helmut Schmolz (Hg.), Region und Reich. Zur Einbeziehung des Neckar-Raumes um Heilbronn in das Karolingerreich und zu ihren Parallelen und Folgen, Heilbronn 1992 (erscheint demnächst). S. die allgemeine Darstellung jetzt bei: FRIEDRICH BATTENBERG, Das Europäische Zeitalter der Juden, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1650. Darmstadt 1990, S. 29 f., 175 f., mit weiteren Nachweisen.
- 2 Zu den Eidesformeln am Reichskammergericht s. WALTER RÖLL, Zu den Judeneiden an der Schwelle zur Neuzeit, in: Alfred Haverkamp (Hg.), Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, Stuttgart 1981, S. 163-204, hier: S. 186 f. Text nach der Ordnung von 1548/55 auch bei: ADOLF LAUFS (Hg.), Die Reichskammergerichtsordnung von 1555 (= Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 3), Köln/Wien 1976, S. 161-165 (Teil 1, LXXXVI §§ 1 – 10).
- 3 Zitat nach: WILHELM GÜDE, Die rechtliche Stellung der Juden in den Schriften deutscher Juristen des 16. und 17. Jahrhunderts, Sigmaringen 1981, S. 51
- 4 SABINE FREY, Rechtsschutz der Juden gegen Ausweisungen im 16. Jahrhundert, Frankfurt am Main/Bern/New York 1983, S. 48; danach insgesamt 1021 Verfahren. Nicht gerechnet wurden offenbar solche Verfahren, bei denen die Klägerqualifikation von den verzeichnenden Archivaren nicht unter der Rubrik „Jude“ vorgenommen wurde (wie z.B. bei Konsortien). Hier müßte noch genauer ausgezählt werden.

- 5 Zahlen bei: FRIEDRICH BATTENBERG, Reichskammergericht und Archivwesen – Zum Stand der Erschließung der Reichskammergerichtsakten, in: Bernhard Diestelkamp (Hg.), Das Reichskammergericht in der deutschen Geschichte (= Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 21), Köln/Wien 1989, S. 173-194, hier: S. 176 ff.
- 6 BATTENBERG, Zeitalter 1 (wie Anm. 1), S. 235
- 7 So auch GEORG GRUBE, Die Verfassung des Rottweiler Hofgerichts, Stuttgart 1969, S. 45 Anm. 104; vgl. auch FILIPPO RANIERI, Recht und Gesellschaft im Zeitalter der Rezeption. Eine rechts- und sozialgeschichtliche Analyse der Tätigkeit des Reichskammergerichts im 16. Jahrhundert (= Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 17), Köln/Wien 1985, S. 233 Anm. 47
- 8 FREY, Rechtsschutz (wie Anm. 4), S. 48. Danach ist gegenüber dem 17. Jahrhundert für das 18. Jahrhundert eine Zunahme von 56 Prozent zu verzeichnen.
- 9 REGINA MARIA SPRENGER, Viglius von Ayta und seine Notizen über Beratungen am Reichskammergericht 1535-1537, Nijmegen 1988, S. 180 Nr. 186
- 10 Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Reichsregister, Privileg von 1559 Mai 25 (mit 1542 März 17). Die Kenntnis dieses und zahlreicher paralleler Judenprivilegien aus der Überlieferung des Reichshofrats in Wien verdanke ich Herrn Dr. HANSJÖRG POHLMANN, dem leider viel zu früh verstorbenen Rechtshistoriker am Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt am Main.
- 11 FREY, Rechtsschutz (wie Anm. 4), S. 140 ff
- 12 S. FRIEDRICH BATTENBERG, Schutzjuden, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte Bd. 4, hg. von Adalbert Erler und Ekkehard Kaufmann, Berlin 1990, Sp. 1535-1541
- 13 GESELLSCHAFT für Reichskammergerichtsforschung e.V. Wetzlar (Hg.), Das Reichskammergerichts-Museum Wetzlar (Katalog), Gesamtgestaltung: HARTMUT SCHMIDT, Wetzlar 1987, S. 70 f. Nrn. 63 und 66.
- 14 JOST HAUSMANN (Bearb.), Abt. 1; Reichskammergericht, Teil 3: Prozeßakten des preußischen Kreis und der Stadt Wetzlar, Bd. 3 (= Inventar der Akten des Reichskammergerichts Nr. 8), Wiesbaden 1986, S. 37 Nr. 49 und S. 39 f. Nr. 52
- 15 JONATHAN ISRAEL, European Jewry in the Age of Mercantilism 1550-1750, Oxford 1985, S. 70 ff. Dafür steht etwa die fürstlich-oettingische Judengemeinde in Harburg in Schwaben, deren Gründung 1671 unmittelbar auf die Wiener Judenvertreibung zurückgeht und die mit Hilfe der Landesherrschaft ein beträchtliches Selbstbewußtsein gegenüber der christlichen Gemeinde entwickeln konnte, s. dazu: REINHARD JAKOB, Die jüdische Gemeinde von Harburg (1671-1871) Nördlingen 1988, insb. S. 44 ff.
- 16 WERNER SOMBART, Die Juden und das Wirtschaftsleben, München/Leipzig 1928 (erstmd. ebd. 1911)
- 17 ARTHUR HERTZBERG, The French Enlightenment and the Jews. The Origins of Modern Anti-Semitism, New York/Oxford 1968 (= New York 1990), S. 79
- 18 Für die Situation in den Provinzen Elsaß und Lothringen s. FRIEDRICH BATTENBERG, Die Französische Revolution und die Emanzipation der Juden im Elsaß und in Lothringen, in: Volker Rödel (Hg.), Die Französische Revolution und die Oberrheinlande (1789-1798) (= Oberrheinische Studien Bd. 9), Sigmaringen 1991), S. 245-273, 261 ff.
- 19 Zur Hofjudenschaft s. jetzt: BARBARA GERBER, Jud Süß. Aufstieg und Fall im frühen 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Historischen Antisemitismus- und Rezeptionsforschung, Hamburg 1990, S. 51 ff.; BATTENBERG, Zeitalter 1 (wie Anm. 1), S. 245 ff.
- 20 HERTZBERG, French Enlightenment (wie Anm. 17), S. 63, 180 ff.
- 21 Zu diesem Prozeß sowie auch weiteren Kammergerichtsprozessen der Wetzlarer Juden s. KARL WATZ, Geschichte der jüdischen Gemeinde in Wetzlar von ihren Anfängen bis zur Mitte des

19. Jahrhunderts (1200-1850), Wetzlar 1966 (= Wetzlar 1988), S. 187 ff., 199-216
- 22 Das zusprechende Urteil ermöglichte es den Wetzlarer Juden, 1756 eine Synagoge in der Pfannenstielgasse zu errichten, s. dazu: PAUL ARNSBERG, Die jüdischen Gemeinden in Hessen: Anfang, Untergang, Neubeginn, Bd. 2, Frankfurt am Main 1971, S. 369.
- 23 JAKOB, Harburg (wie Anm. 15), S. 93 ff. Zur Größe der Judengemeinde in Harburg s. ebd., S. 47 f
- 24 OTTO GEBHARDT, Die Verwaltung des Fleckens Fürth zur Zeit der Dreiherrschaft (unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Bürgermeister), phil. Diss. Erlangen 1940, S. 13 ff
- 25 S. den Plan bei GEBHARDT, Verwaltung (wie Anm. 24), S. 99
- 26 ARND MÜLLER, Geschichte der Juden in Nürnberg 1146-1945, Nürnberg 1968, S. 92 ff
- 27 Hierzu: MICHAEL TOCH, „Umb gemeyns nutz und notturfft willen“. Obrigkeitliches und jurisdiktionelles Denken bei der Austreibung der Nürnberger Juden 1498/99, in: Zeitschrift für Hist. Forschung Bd. 11, 1984, S. 1-21; MARKUS WENNINGER, Man bedarf keiner Juden mehr. Ursachen und Hintergründe ihrer Vertreibung aus den deutschen Reichsstädten im 15. Jahrhundert, Wien/Köln/Graz 1981, S. 145 ff
- 28 58 Familien gemäß Steuerliste von 1718, s. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Bestand Reichskammergericht (im folgenden: HStAR), Nr. 1560 I, Quadr. 37. Ein weiteres Mitglied der Familie Ullmann, Lazarus David Ullmann, wurde ab 1751 Hoffaktor der Grafen von Oettingen-Wallerstein, s. JAKOB, Harburg (wie Anm. 15), S. 37. Er war vermutlich derjenige, der den Bau der oben angesprochenen (Anm. 23) Synagoge in Harburg in die Wege leitete. Zu dem brandenburg-ansbachischen Hoffaktor Moses Ullmann s. u. Anm. 141.
- 29 233 Familien gem. Steuerliste von 1716, HStAR, Nr. 1560 I Quadr. 36. Die von HUGO BARBECK, Geschichte der Juden in Nürnberg und Fürth, Nürnberg 1878, S. 87, für 1716 mitgeteilte Zahl von 400 Judenfamilien geht auf die Angaben von SIEGFRIED HAENLE, Geschichte der Juden im ehemaligen Fürstenthum Ansbach, Ansbach 1867 (= Ansbach 1990), S. 180 f. zurück. Er spricht für 1716 ohne Begründung von 350-400 steuerbaren jüdischen Familienvätern und gibt für 1706 insgesamt 100 Hausväter nebst 180 Beständern und 91 Hausbesitzern an. Die Herkunft dieser Zahlen kann nicht mehr nachgeprüft werden, sofern sie nicht aus den hier nicht eingesehenen Akten der Judengemeinde Fürth im Zentralarchiv in Jerusalem stammen. Ich habe mich deshalb vorläufig an den beiden Steuerlisten von 1716 und 1718 orientiert, deren Angaben auch hinsichtlich der späteren demographischen Entwicklung plausibel erscheinen.
- 30 Zur Lage der Juden im Hochstift Bamberg s. demnächst: FRIEDRICH BATTENBERG, Jews in the Ecclesiastical Territories, in: Ronnie Po-Chia Hsia (Hg.), In and out of the Ghetto, Los Angeles/Washington 1992; s. auch ADOLF ECKSTEIN, Geschichte der Juden im ehemaligen Fürstbistum Bamberg, Bamberg 1898 (= Bamberg 1988). Über ein Judenregal verfügte das Domstift Bamberg seit 1573 durch ein entsprechendes Privileg Kaiser Maximilians II., s. FRIEDRICH NEUBÜRGER, Verfassungsrecht der gemeinen Judenschaft zu Fürth und in dessen Amt im achtzehnten Jahrhundert, jur. Diss. Fürth 1902, S. 2; BARBECK, Geschichte (wie Anm. 29), S. 48. S. auch u. Anm. 118
- 31 Ein Exemplar im Staatsarchiv Nürnberg, Rep. 271 I, Abg. 1909, Nr. 9111. Abschrift von 1724 in: HStR, Nr. 1560 I Quadr. 4
- 32 S. ausführlich dazu: BARBECK, Geschichte (wie Anm. 29), S. 55 ff.; HAENLE, Geschichte (wie Anm. 29), S. 155 ff. Druck des übersetzten Textes bei: ANDREAS WÜRFEL, Historische Nachricht von der Judengemeinde in dem Hofmarkt Fürth unterhalb Nürnberg, in zween Theilen (...). Der 2. Theil liefert das Tekunos-Büchlein der Fürther Juden, d.i. der Juden-Aeltesten dasebst ertheilte Instructiones, wie sich ihre Bürger bey ihren freywilligen und gebottenden Mahlzeiten, Gürtelgeben, Hochzeitmahlen, Schenkwein, Brautgeschenken, Kleidung und in anderen Vorfällen verhalten sollen und wie viel sie Unkosten aufwenden dürfen, Frank-

- furt am Main/Prag 1754, S. 11-22 (die Edition geschah in antijüdischer Absicht, wie sich aus dem Einleitungstext ergibt). Vgl. dazu auch: GerHARD RENDA, Die jüdische Gemeinde von Fürth, in: Bernward Deneke (Hg.), *Siehe der Stein schreit aus der Mauer. Geschichte und Kultur der Juden in Bayern. Eine Ausstellung, Nürnberg 1989*, S. 239-270, hier: S. 246
- 33 HAENLE, *Geschichte* (wie Anm. 29), S. 155
- 34 HANS MAUERSBERG, *Wirtschaft und Gesellschaft Fürths in neuerer und neuester Zeit. Eine städtegeschichtliche Studie*, Göttingen 1974, S. 44
- 35 GEBHARDT, *Verwaltung* (wie Anm. 24), S. 32
- 36 Gemeindeordnung von 1652, 42. Text bei: GEBHARDT, *Verwaltung* (wie Anm. 24), S. 101-111, hier: S. 110; bespr. auch bei: RENDA, *Jüdische Gemeinde* (wie Anm. 32), S. 244; MAUERSBERG, *Wirtschaft und Gesellschaft* (wie Anm. 34), S. 24, 26 f.
- 37 BARBECK, *Geschichte* (wie Anm. 29), S. 58 f.
- 38 Gegenbericht von 1726 Mai 6, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 35
- 39 Zum Ausdruck „Inferendum“ s.: FRIEDRICH BATTENBERG, *Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt. Das Judenrecht eines Reichsfürstentums bis zum Ende des Alten Reiches. Eine Dokumentation (= Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen 8)*, Wiesbaden 1987, S. 331 (mit zahlreichen Quellennachweisen)
- 40 Grundriß von 1717 bei GEBHARDT, *Verwaltung* (wie Anm. 24), S. 99
- 41 Zahlen entnommen aus: MAUERSBERG, *Wirtschaft und Gesellschaft* (wie Anm. 34), S. 37 f.
- 42 S. die knappe Darstellung bei: ADOLF SCHWAMMBERGER, *Fürth von A bis Z. Ein Geschichtslexikon*, Fürth (1968), S. 186 f.
- 43 FRIEDRICH BATTENBERG, *Das Europäische Zeitalter der Juden*, Bd. 2: Von 1650 bis 1945, Darmstadt 1990, S. 3
- 44 MAUERSBERG, *Wirtschaft und Gesellschaft* (wie Anm. 34), S. 44 f.
- 45 Hierzu s. die Nachweise von TOCH und WENNINGER o. Anm. 27. Die Querverbindungen zwischen der Nürnberger und der Fürther Geschichte der Juden betont BARBECK, *Geschichte* (wie Anm. 29), S. 46 ff.
- 46 Gegenbericht von 1726, Nachweise wie Anm. 38
- 47 MAUERSBERG, *Wirtschaft und Gesellschaft* (wie Anm. 34), S. 44 f.
- 48 FRIEDRICH NEUBÜRGER, *Verfassungsrecht der gemeinen Judenschaft zu Fürth und in dessen Amt im achtzehnten Jahrhundert*, jur. Diss. Erlangen 1901, publ. Fürth 1902. Die ganz in positivistischer Methode des 19. Jahrhunderts geschriebene Dissertation entbehrt jeden historischen Verständnisses und erweckt den Anschein, als habe es sich um ein sich selbst genügsames Regelungssystem gehandelt, das man unabhängig von der sozialen Wirklichkeit analysieren könne. Die Zusammenhänge zur christlichen Gemeindeverwaltung werden gänzlich übersehen. Die Arbeit trägt zum Verständnis der Verfassungswirklichkeit nichts bei.
- 49 Takkanot von 1728 (‘Tekunnos-Büchlein’), Nachweise wie Anm. 32
- 50 RENDA, *Jüdische Gemeinde* (wie Anm. 32), S. 251 f.
- 51 Vgl. HAENLE, *Geschichte* (wie Anm. 29), S. 174 ff.
- 52 Text: HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 5
- 53 HAENLE, *Geschichte* (wie Anm. 29), S. 161 f.; BARBECK, *Geschichte* (wie Anm. 29), S. 82
- 54 FRIEDRICH FREIHERR VON SCHRÖTTER (Hg.), *Wörterbuch der Münzkunde*, Berlin/Leipzig 1930, S. 167 f., 645 f.
- 55 Staatsarchiv Bamberg, B 86 (Protokolle des Domkapitels Bamberg), Nr. 58 Bl. 89v-90v
- 56 Zahlreiche Notarielle Protesterklärungen wurden dem Kammergericht eingereicht und befinden sich als Produkte bei den Kammergerichtsakten HStAR, Nr. 1560 I, und zwar unter den folgenden Quadrangelnummern: 26 (25. Mai 1725), 29 (11. Juni 1725), 44 (13. Juni 1726), 45 (8. Juli 1726), 50 (29. August 1726), 57 (28. März 1727), 70 (28. Juli 1727), 71 (28. November 1727), 76

- (30. März 1728), 78 (5. April 1728), 79 (24. März 1728), 81 (28. Mai 1728), 82 (10. Juni 1728) und 93 (16. März 1729). Hinter all diesen Erklärungen, beurkundet von dem kaiserlichen Notar und Nürnberger Bürger Daniel Hanauer, stehen jüdische Hochzeiten, bei denen die nach der Ordnung von 1723 eingeführten Speziesdukaten als Einstandsgelder unter hoher Strafandrohung abgefordert wurden. Alle diese Notariatsinstrumente sind zugleich vorzügliche Dokumente zur Sozialgeschichte der Fürther Judenschaft.
- 57 Die Reichsstadt Nürnberg versuchte in dieser Zeit (seit 1538), durch restriktive Statuten und Ratsverordnungen den Fürther jüdischen Handel zu verhindern, s. BARBECK, Geschichte (wie Anm. 35), S. 48 ff.; MÜLLER, Geschichte (wie Anm. 26), S. 91 ff. Zu diesem Zweck erwirkte die Stadt auch kaiserliche Mandate, wie 1573 ein solches von Kaiser Maximilian II. (Druck: BARBECK, S. 51 f.), das unter Berufung darauf, daß die Stadt Nürnberg von Kaiser Maximilian I. dahin befreit worden sei, *daß die Juden, so dazumal in- und außerhalb der Stadt auf ihrem Gebiet sich aufgehalten, ausgeschafft werden, und die von Nürnberg nicht schuldig sein sollten, einigen Juden in ihrem ganzen Gebiet weiter zu gedulden, festlegte, daß nach Verkündung dieser Freiheit kein Jude bemelter Stadt Nürnberg Bürgern, weder auf liegende Bestand und Lehen noch auf fahrende Güter noch auf andere Unterpand, Brief und Verschreibung noch auf Treu und Glauben, weder mit noch ohne Wucher nicht leihen noch vorstrecken, tauschen, wechseln soll, ausgenommen, was zu täglicher Nahrung um baar Geld oder auf offenen Messen und Jahrmärkten gekauft wird.* Auf diese Weise sollten die Fürther Juden von den Nürnberger Märkten ausgeschlossen werden.
- 58 So insb. im Gegenbericht von 1726, Nachweise wie Anm. 38
- 59 Vgl. dazu: JÜRGEN WEITZEL, Landesherrliche Administrationsmaßnahmen zur Eingliederung hugenottischer Flüchtlinge, in: Heinz DUCHHARDT (Hg.), Der Exodus der Hugenotten, Köln/Wien 1986, S. 121-140. Ein Vergleich zwischen der Aufnahme der Hugenotten und dem Schicksal der Juden in Deutschland findet sich bei: RUDOLF VON THADDEN, Umgang mit Minderheiten. Vergleichende Reflexionen zu einem Verhaltensproblem in den politischen Kulturen Deutschlands und Frankreichs, in: Tel Aviver Jahrbuch für Geschichte Bd. 16, 1987, S. 239-248, hier: S. 241 f., 244 f.; BARBARA DÖLEMEYER, Aspekte zur Rechtsgeschichte des deutschen Refuge (= Geschichtsblätter des Deutschen Hugenotten-Vereins e.V. Bd. 20/2), Sickinge 1988, S. 3-42.
- 60 S. dazu: MYRIAM YARDENI, Refuge und Integration. Der Fall Erlangen, in: Rudolf von Thadden/Michelle Magdelaine (Hg.), Die Hugenotten 1695-1985, München 1985, S. 146-159, hier: S. 148 ff.; DÖLEMEYER, Aspekte zur Rechtsgeschichte (wie Anm. 59), S. 12 ff.; MICHAEL PETERS, Historische Grundlagen der Ansiedlung von Hugenotten im Fürstentum Brandenburg-Bayreuth, in: Christoph Friederich (Hg.), 300 Jahre Hugenottenstadt Erlangen. Vom Nutzen der Toleranz, Nürnberg 1986, S. 97 ff.; KARL HINTERMEIER, Selbstverwaltungsaufgaben und Rechtsstellung der Franzosen im Rahmen der Erlanger Hugenotten-Kolonisation von 1686 bis 1708. Diss.jur. Erlangen 1948, publ. 1971
- 61 S. das Zitat Fabers im Gegenbericht vom Mai 1726, Nachweise wie Anm. 38
- 62 Zitiert im Gegenbericht vom Mai 1726, Nachweise wie Anm. 38
- 63 Klagschrift vom 26. September 1725, HStAR, Nr. 1560 I Quadr. 3. Auch Gegenbericht vom 6. Mai 1726, ebd. Quadr. 35. Darstellungen des Vorgangs finden sich bei: HAENLE, Geschichte (wie Anm. 29), S. 162 f.; BARBECK, Geschichte (wie Anm. 29), S. 83 f.
- 64 Deklaration vom 3. August 1724 und Mandat der Dompropstei Bamberg vom August 1724, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 12 und 13. Die Auseinandersetzung dokumentiert ebd. Quadr. 6 (1723 August 25), 8 (1724 Mai 10), 9 (1724 Juni 13), 10 (1724 Juni 17) und 11 (1724 Juli 18).
- 65 Notarielle Erklärung vom 21. September 1724, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 38
- 66 Ebd. (wie Anm. 65)

- 67 Erklärungen vom 22. September 1724, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 14-16
- 68 Gegenbericht vom Mai 1726, Nachweise wie Anm. 38
- 69 Nachweise wie Anm. 63
- 70 Drei Suppliken vom 29. September und 1. Oktober 1724, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 17, 18 und 19
- 71 Bericht des Geleitsmannes Wagner vom November 1724, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 39
- 72 So nach der Eingabe der Judenschaft vom 11. Juni 1728, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 74
- 73 DIETMAR WILLOWEIT, Rechtsgrundlagen der Territorialgewalt. Landesobrigkeit, Herrschaftsrechte und Territorium in der Rechtswissenschaft der Neuzeit (= Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 11), Köln/Wien 1973, S. 33 ff.
- 74 HUBERT RUMPEL, Zum Streit um die Landeshoheit über Fürth. Die Prozesse zwischen Bamberg und Brandenburg-Ansbach beim Reichskammergericht und Reichshofrat, in: Jahrbuch für Fränkische Landesforschung 11/12, Kallmünz 1953, S. 357-371, hier: S. 362 ff.; WILLOWEIT, Rechtsgrundlagen (wie Anm. 73), S. 209
- 75 Detailliert behandelt im Gegenbericht vom Mai 1726, Nachweise wie Anm. 38
- 76 HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 1 – 101; Nr. 1560 II, Quadr. 102 – 112
- 77 Ebd., Nr. 1560 II, Quadr. 113 – 117
- 78 Ebd., Nr. 1560 I, Protokoll; Nr. 1560 II, Quadr. 118 und 120; Nr. 119 sowie weitere Produkte (laut Protokoll bis Nr. 125) fehlen in den Akten.
- 79 Nachweise wie Anm. 76 – 78. Ergänzend wurden die Prozeßakten im Verfahren des Hochstifts Bamberg gegen die Regierung in Ansbach herangezogen, HStAR, Nrn. 349 I – VI und 350, das sich zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert über zwei Jahrhunderte hinwegzog.
- 80 Central Archives for the History of the Jewish People, Inventar Nr. 2831
- 81 JOHANN LOOSHORN (Bearb.), Die Geschichte des Bisthums Bamberg, Bd. 6: Das Bisthum Bamberg von 1623 – 1729, Bamberg 1906, S. 678, DERS., Desgl., Bd. 7: Das Bisthum Bamberg von 1729 – 1808, Bamberg 1907, S. 5 ff. (Nachdruck Bamberg 1969).
- 82 HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 3.
- 83 Genaue Umschreibung: *mandatum poenale de non via facti, sed iuris procedendo, et de non amplius turbando in possessione vel quasi titulo oneroso et immemoriali praescriptione aequisitorum privilegiorum atque immunitatum, ut et de restituenda mulcta vi extorsa, sine clausula, cum salvo conductu in optima forma.*
- 84 ERICH FREIHERR VON GUTTENBERG, Das mittelalterliche Fürth im Spiegel der Reichs- und Territorialgeschichte, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Jg. 6, 1933, S. 369-388, hier: S. 385 f.
- 85 Zum Mandatsverfahren, insb. am Reichshofrat, s. jetzt: MANFRED UHLHORN, Der Mandatsprozeß sine clausula des Reichshofrats (= Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 22), Köln/Wien 1990
- 86 Schreiben vom 5. Oktober 1725, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 32 – 34
- 87 Staatsarchiv Bamberg, B 86 Nr. 56 Bl. 373 – 373v. Der Bericht selbst hat sich offenbar nicht mehr erhalten.
- 88 Gegenbericht vom 6. Mai 1726, Nachweise wie Anm. 38
- 89 Dekret vom 16. Mai 1726, als Vermerk am Ende des Gegenberichts (wie Anm. 38). Inhaltlich beschrieben am Anfang der Remonstration vom 17. Mai 1727, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 40
- 90 Remonstration vom 17. Mai 1727, HStAR Nr. 1560 I, Quadr. 40
- 91 Supplik der Judenschaft, dem Vizekanzler und dem Dompropst am 7. Juni 1726 zugestellt, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 41 – 43
- 92 Dekret vom 26. August 1727, wörtlich inseriert in Supplik der Judenschaft vom März 1729, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 90 Bl. 7 – 7v
- 93 Anzeige vom 19. Dezember 1727, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 59

- 94 Exhibitum (eingegangen) am 20. Dezember 1727, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 67
- 95 Dekret vom 16. Januar 1728, Vermerk auf Quadr. 67 (wie Anm. 94)
- 96 Supplik von 1729, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 90 Bl. 8
- 97 Wörtliche Formulierung: *citatio super protacta denegataque iustitia ad videndum procedendi in causa principali et se manuteneri in possessione vel quasi privilegiorum acque ac immunitatem oneroso titulo immemorialique praescriptione adquisitionum una cum inhibitione et compulsoria libus.*
- 98 Antrag, exhibitum 22. Januar 1728, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 72
- 99 Ladung vom 24. Januar 1728, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 58. Mit Anlagen A bis G, Quadr. 61 bis 66 (Anlage A, urspr. Quadr. 60, fehlt)
- 100 Bericht in Supplik von 1729, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 90 Bl. 11v ff.; auch ebd., Protokoll, Bl. 3
- 101 Protokoll Bl. 2 – 4
- 102 Unter Verweis auf eine alte Vollmacht vom 25. Juni 1726, diese HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 83; s. Protokoll S. 4v
- 103 Protokoll Bl. 4v
- 104 Protokoll, vom 12. Juli 1728, Bl. 5
- 105 Schriftsatz, exhibitum am 27. August 1728, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 84
- 106 Schriftsatz, exhibitum am 27. Oktober 1728, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 85
- 107 Schriftsatz, exhibitum am 7. Mai 1729, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 86
- 108 Schriftsatz, exhibitum am 27. April 1729, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 87
- 109 FRIEDHELM JÜRGENSMEIER, Schönborn, Lothar Franz von, in: Erwin Gatz (Hg.), Die Bischöfe des Heiligen Römischen Reiches 1648 – 1803. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1990, S. 444 – 446, hier: S. 446. Zur Genealogie der Familie v. Schönborn s. DETLEV SCHWENNICK (Hg.), Europäische Stammtafeln, Neue Folge, Bd. 4: Standesherrliche Häuser 1, Marburg 1981, Tf. 140
- 110 EGON JOHANNES GREIPL, Schönborn, Friedrich Karl von, in: Gatz, Bischöfe (wie Anm. 109), S. 435 – 438
- 111 Hierzu s. RUDOLF VIERHAUS, Wahlkapitulationen in den geistlichen Staaten des Reiches im 18. Jahrhundert, in: Ders. (Hg.), Herrschaftsverträge, Wahlkapitulationen, Fundamentalgesetze, Göttingen 1977, S. 205 – 219
- 112 GREIPL, Schönborn (wie Anm. 110), S. 437
- 113 Zu den Wahlkapitulationen in Geistlichen Staaten im 18. Jahrhundert s. außer VIERHAUS, Wahlkapitulationen (wie Anm. 111) auch demnächst: BATTENBERG, Jews in the Ecclesiastical Territories (wie Anm. 30); LUDWIG HÜTTL, Geistlicher Fürst und geistliche Fürstentümer im Barock und Rokoko. Ein Beitrag zur Strukturanalyse von Gesellschaft, Herrschaft, Politik und Kultur des alten Reiches, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte Bd. 57, 1974, S. 3 – 48, hier: S. 21 ff.; FRIEDRICH KEINEMANN, Das Domkapitel zu Münster im 18. Jahrhundert. Verfassung, persönliche Zusammensetzung, Parteiverhältnisse, Münster 1967, S. 60 ff
- 114 Staatsarchiv Bamberg, B 86 Nr. 58 Bl. 86 – 92v
- 115 S. die Protokolle ebd. (wie Anm. 114), Bl. 138v – 144
- 116 Protokolle (wie Anm. 114) Bl. 89v – 90v
- 117 Gemeint sind die Takkanot von 1728, s. o. Anm. 32
- 118 Gemeint ist das mit Privileg von 1573 April 15 von Kaiser Maximilian II. dem Bamberger Dompropst Michael von Lichtenstein erteilte Recht, in *Flecken und Amt Fürth Juden halten zu dürfen*, s. NEUBÜRGER, Verfassungsrecht (wie Anm. 48), S. 2. Eine unmittelbare Folge dieses Privilegs war das von der Freien Reichsstadt Nürnberg mit Urk. von 1573 August 27 erwirkte Mandat gegen den Handel der Juden aus der Umgebung (u. a. Fürth) auf den Nürnberger Märkten, Nachweise o. Anm. 57. Es kann nachgewiesen werden, daß das dem Bamberger Domstift

- erteilte Judenregal für Fürth auslösender Faktor für die explosionsartige Vermehrung der Fürther Judenschaft wurde. Während in den sechziger Jahren des 16. Jahrhunderts höchstens 70 Juden im Marktflecken Fürth anwesend waren (die meisten unter ihnen unter domstiftischem Schutz), waren es seit Anfang der achtziger Jahre bereits 200; Zahlennachweise i.e. bei BARBECK, Geschichte (wie Anm. 29), S. 47.
- 119 S. dazu die Arbeiten von WINFRIED SCHULZE, Bäuerlicher Widerstand und feudale Herrschaft in der frühen Neuzeit, Stuttgart-Bad Cannstatt 1980, insb. S. 76 ff.; WERNER TROBACH, Soziale Bewegung und politische Erfahrung. Bäuerlicher Protest in hessischen Territorien 1648 – 1806, Weingarten 1986. Einen instruktiven Prozeß behandelt: GEORG SCHMIDT, Agrarkonflikte im Riedeselischen Gericht Moos im 17. Jahrhundert, in: Archiv für hess. Geschichte NF 37, 1979, S. 215 – 328, hier: insb. S. 235 ff.
- 120 Zum Vorgang der „sozialen Disziplinierung“ s. zuletzt: FRIEDRICH BATTENBERG, Obrigkeitliche Sozialpolitik und Gesetzgebung. Einige Gedanken zu mittelhessischen Bettel- und Almosenordnungen des 16. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Hist. Forschung Bd. 18, 1991, S. 33 – 70, hier: S. 42 f.; WINFRIED SCHULZE, Gerhard Oestreichs Begriff der Sozialdisziplinierung in der Frühen Neuzeit, in: Ebd. Bd. 14, 1987, S. 265 – 302, hier: insb. S. 267 ff.; ebd. mit weiteren Nachweisen. Der Streit um die Anwendung des Begriffs der „Sozialdisziplinierung“ in der historischen Forschung betrifft vor allem die Frage, ob man auch „sozialregulierende“ Eingriffe des Landesherrn im 16. und 17. Jahrhundert unter den Begriff subsumieren kann. Eine Stellungnahme kann hier offenbleiben, da jedenfalls das absolutistische Schönbornregiment von diesem Phänomen betroffen war.
- 121 S. o. zu Anm. 3
- 122 Zur Bildung von Stereotypen gegenüber den Juden s. ROTRAUD RIES, Soziale und politische Bedingungen jüdischen Lebens in Niedersachsen im 15. und 16. Jahrhundert, phil. Diss. (masch.) Münster 1990, S. 194 ff.; BATTENBERG, Zeitalter 1 (wie Anm. 1), S. 12 f.
- 123 S. auch Staatsarchiv Bamberg, B 86 (Protokolle), Nr. 58 Bl. 124v
- 124 So ausdrücklich auch ebd. (wie Anm. 123), Bl. 138v (hochmütiges Volck)
- 125 Schriftsatz, exhibitum 27 September 1729, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 95, mit Anlagen Nrn. 63 – 69 (Quadr. Nrn. 96 bis 102)
- 126 HStAR, Nr. 1560 II, Quadr. 103
- 127 Es wurde außerdem auf die Tötlichkeiten des Amtmanns gegenüber dem von der Judenschaft in Fürth beauftragten kaiserlichen Notar Daniel Hanauer (dessen notarielle Erklärungen s.o. Anm. 56) Bezug genommen, die gem. Urteil des Reichskammergerichts vom 11. Juni 1728 vom kaiserlichen Fiskal verfolgt werden sollten. Der Vorfall ist in der Supplik vom 15. März 1729, HStAR, Nr. 1560 I, Quadr. 90, Bl. 12v – 13, näher beschrieben: *Das dem Notario Hanauer bey einem actu insinuationis in hac causa von dem Amtmann zu Fürth beschehene harte Tractament, da nemlich dieser jenen unter währenddem actu notariatus zwischen die Thür des Amt-Haußes in Fürth geklemmt, auf die Brust geschlagen, das Kleid auffgerissen, den Kopff wider die Wand und im Halß blutrünstig im Beysein derer mitgebrachten Instruments-Gezeugen gewalththätigerweiße geschlagen.*
- 128 Schriftsätze vom 21. Juli 1730 und vom 30. August 1730, HStAR, Nr. 1560 II, Quadr. 106 und 107.
- 129 HEINRICH WIGGENHORN, Der Reichskammergerichtsprozeß am Ende des alten Reiches, Diss.iur. (masch.) Münster 1966, S. 203, nach Vorschriften des Jüngsten Reichsabschieds von 1654, 36 und 67
- 130 Erklärung vom 6. März 1731, HStAR, Nr. 1560 II, Quadr. 112
- 131 Das Verfahren der Jahre 1735 und 1736 ist dokumentiert in HStAR, Nr. 1560 II, Quadr. 113 bis 117; auch Protokoll (Nr. 1560 I, am Anfang), Bl. 11v – 13v.

- 132 Vollmacht vom 17. Februar 1736, HStAR, Nr. 1560 II, Quadr. 115. Johann Jakob Zwierlein wurde mit Diplom vom 1752 Februar 24 durch Kaiser Franz I. in den Adelsstand erhoben, Kopien bei den Rezeptionsakten der Mittelherrnischen und der Oberrheinischen Reichsritterschaft, Staatsarchiv Darmstadt, F 1 Nr. 73/10 und F 2 Nr. 62/11.
- 133 Eingabe, exhibitum 29. August 1736, HStAR, Nr. 1560 II, Quadr. 116
- 134 So z.B. im Schreiben des Bambergischen Geheimen Rats Böttinger vom 8. Mai 1735, HStAR, Nr. 1560 II, Quadr. 114. Es sollte danach verhandelt werden, *bis man siehet, ob die amicabile composio zum Standt komme oder auff rechtliche Fertigungen verfallen werden müsse*.
- 135 Gestorben 1770, s. SCHWENNICKER, Europäische Stammtafeln (wie Anm. 109), Tf. 140
- 136 Gegengründe, exhibitum 8. Oktober 1762, HStAR, Nr. 1560 II, Quadr. 120
- 137 Protokoll (HStAR, Nr. 1560 I, am Anfang), Bl. 24
- 138 Protokoll Bl. 13v – 28. Schriftstücke darüber sind nicht in den Reichskammergerichtsakten erhalten.
- 139 Vgl. dazu z.B. FRIEDRICH BATTENBERG, Gesetzgebung und Judenemanzipation im Ancien Régime, in: Zeitschrift für Hist. Forschung, Bd. 13, 1986, S. 43 – 63, hier: S. 58 ff.
- 140 BARBECK, Geschichte (wie Anm. 29), S. 84
- 141 BARBECK, Geschichte (wie Anm. 29), S. 81 ff.
- 142 BARBECK, Geschichte (wie Anm. 29), S. 84, 103 ff., mit Abdruck eines Reformgutachtens der Fürther Juden Wolf Neuburger, Jacob Henle und Isaac Marx vom 14. Februar 1792, die Verbesserung des sittlichen Zustandes der Judenschaft in Franken betreffend, gerichtet an das Ausschreibamt der Fränkischen Kreisversammlung, nachdem die Beratung der Bürgerlichen Verbesserung der Juden auf die Tagesordnung gesetzt worden war
- 143 Reichsabschied vom 17. Mai 1654, Druck in: Neue und Vollständigere Sammlung der Reichsabschiede Bd.3, 1747 (= Osnabrück 1767), S. 640 – 692, hier: S. 660
- 144 UHLHORN, Mandatsprozeß (wie Anm. 85), S. 124 ff.; WOLFGANG SELLERT, Prozeßgrundsätze und Stilus Curiae am Reichshofrat im Vergleich mit den gesetzlichen Grundlagen des reichskammergerichtlichen Verfahrens (= Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte NF Bd. 18), Aalen 1973, S. 181 ff.; WIGGENHORN, Reichskammergerichtsprozeß (wie Anm. 129), S. 181 ff.
- 145 WIGGENHORN, Reichskammergerichtsprozeß (wie Anm. 129), S. 183 f.
- 146 Zu den Voraussetzungen s. WIGGENHORN, Reichskammergerichtsprozeß (wie Anm. 129), S. 82 ff.
- 147 Protokoll (HStAR, Nr. 1560 I), Bl. 23v
- 148 Zum Schutzjudentum s. jetzt: BATTENBERG, Schutzjuden (wie Anm. 12), Sp. 1535 ff.
- 149 Zum Privileg von 1544 und den späteren Bestätigungen s. FRIEDRICH BATTENBERG, Die Ritualmordprozesse gegen Juden in Spätmittelalter und Frühneuzeit – Verfahren und Rechtsschutz, in: Rainer Erb (Hg.), Blutbeschuldigungen gegen Juden, Berlin 1992 (demnächst); DERS., Kaiserlicher Judenschutz und Ritualmordlegende. Überlegungen zum Rechtsschutz der Juden in Spätmittelalter und Frühneuzeit, in: Leonore Siegele-Wenschkewitz (Hg.), Juden und Christen im Zeitalter der Reformation (= Arnoldshainer Texte), Frankfurt am Main 1992 (demnächst). Nachweise zur Überlieferung im einzelnen bei: DERS. (Bearb.), Quellen zur Geschichte der Juden im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt 1080 – 1650 (= Quellen zur Geschichte der Juden in hessischen Archiven 2), Wiesbaden 1992, Nrn. 1285, 1364, 1657 und Anm. zu 1285
- 150 S. dazu VOLKER PRESS, Kaiser Rudolf II. und der Zusammenschluß der deutschen Judenheit. Die sog. Frankfurter Rabinerverschwörung und ihre Folgen, in: Haverkamp, Geschichte (wie Anm. 2), S. 243 – 293, hier: insb. S. 291 ff.
- 151 S. dazu HEINZ DUCHHARDT, Karl VI., die Reichsritterschaft und der „Opferpfennig“ der Juden, in: Zeitschrift für Hist. Forschung Bd. 10, 1983, S. 149 – 167

Impressum:

Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

Redaktion: Ingrid Scheurmann

Layout: Hartmut Brückner, Bremen

Satz: Elisabeth Naji, Bonn

Druck: Druckerei Bechstein, Wetzlar

